

# TÜRKEI-SPIEGEL

zerfall des  
faschismus

# SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE



INCININ SESI PUBLIKACIONEN  
DEUTSCHE SERIE 6

“Die Epoche des Sozialismus ist eine Epoche revolutionärer Umformung, die sich von der Revolution bis zum Kommunismus erstreckt. Die bestimmende Eigenschaft dieser Epoche ist die Abschaffung der Ausbeutung und des Privateigentums an Produktionsmitteln, aber auch die fortbestehende Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit. Infolgedessen ist die Verwaltung des Staats noch eine Domäne der *Experten*. Daher ist der wichtigste Kampf dieser Epoche revolutionärer Umformungen, die wir Sozialismus nennen, der Kampf darum, ob die Staatsverwaltung, die noch eine Domäne der Experten ist, sich vom Volk isoliert oder nicht, ob sie dem Volkswillen untergeordnet wird oder nicht. Das ist ein wichtiger Widerspruch in dieser Epoche, die das erste Stadium des Kommunismus darstellt. Das Bestehen eines Verwaltungssektors, einer Bürokratie, ist noch notwendig. Aber dieser Staat ist ein Staat der Arbeiterklasse. Das Problem ist, ob dieser Expertensektor Staat dem Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse untergeordnet wird oder nicht, und in welchem Grad.

Entsteht eine Diskrepanz in dieser Sphäre zwischen der Diktatur des Proletariats als Wesen und der demokratischen Praxis als Form, so bedeutet das, dass der Staat dem Einwirken des Proletariats entglitten ist. Da der Staat die Domäne der Experten bleibt, funktioniert er in einer vom Proletariat nicht hinlänglich beeinflussten Weise. In ihrem Wesen repräsentiert die Diktatur des Proletariats die Interessen der Mehrheit, und Demokratie bedeutet Herrschaft der Mehrheit. Wenn aber die Mehrheit an Staatsgeschäften keinen Anteil hat, bedeutet das, der Staat hat sich der Mehrheit entzogen. Das nennen wir *bürokratische Deformierung*.”

(Auszug aus dem Text)

“Sozialismus und Demokratie” können Sie zum Preis von 5 DM von der IVDRT beziehen (Siehe Seite 20).

# TÜRKEI-SPIEGEL

Nr. 4

Dezember 1984

## In eigener Sache:

Diese Nummer des *Türkei-Spiegels* konzentriert sich im wesentlichen auf ein Thema, nämlich die neue Situation, in der sich die Türkei befindet. Diese neue Situation, der Zerfall des Faschismus, wurde von R. Yürükoğlu in einer Rede am 10. September 1984 ausführlich analysiert und bewertet, die kurz darauf auch als Buch erschien.

Der Zerfallsprozess des Faschismus begann mit der Annahme der Verfassung von 1982. Die Kräfteverhältnisse der Gesellschaft in der Türkei verwandelten das Gaukelspiel "Rückkehr zur Demokratie" in Ernst. Der Staat hat keinen monolithischen Charakter mehr. Der Zerfallsprozess des faschistischen Regimes hat ein qualitativ neues Stadium erreicht; das Regime kann nicht mehr ein faschistisches genannt werden.

Das heisst natürlich in keiner Weise, dass der Zerfallsprozess ein demokratisches Regime mit sich gebracht hätte, noch kann man den Zerfall mit Demokratisierung oder Liberalisierung gleichsetzen. Ganz im Gegenteil, die Unterdrückung hat nicht nachgelassen, und das gegenwärtige Regime ist noch immer antidemokratisch und repressiv bis zum äussersten.

Die Türkei geht zur Zeit durch eine Übergangsperiode, die in zwei Richtungen weiterführen kann. Die Faschisten sind noch immer in vielen Machtpositionen,



## Inhalt

Die Übergangsperiode .....	S.2
Ein Zeichen der Zeit .....	S.3
Der Zerfall des Faschismus (R. Yürükoğlu) .....	S.4
Ausländerfeindlichkeit gegen Internationale Arbeiterklasse (Canan Gülen) .....	S.10
Der Krieg zwischen Iran und Irak und die Türkei .....	S.11
Der Iran/Irak-Krieg (Ayla Antepli) .....	S.12

und die Gefahr eines Rückfalls in die offene faschistische Diktatur ist nicht gering. Das hiesse also, eine der beiden möglichen Entwicklungen führt zurück zum

monolithischen Staat.

Die andere mögliche Entwicklung ist die, dass der Zerfallsprozess des gegenwärtigen Regimes weitergeht und ein grösseres Mass an Demokratie erkämpft werden kann.

Der Hauptgrund für den Zerfall des Faschismus ist die wachsende Unzufriedenheit im Volk und der Zorn über die ökonomische und politische Unterdrückung. Und der Kampf des Volks für Demokratie wird auch darüber entscheiden, ob die Übergangsperiode zu einer begrenzten oder zu einer vollen Demokratie führt.

Auf diese neue Lage hinzuweisen, ist von grosser Bedeutung, weil sie neue Formen des Kampfs erfordert. Wir sind aufgerufen, unsere Anstrengungen zu verdoppeln, da die Möglichkeiten für den Kampf um Demokratie gewachsen sind.

Ignoriert man die Veränderungen, die in der Türkei vor sich gehen, so führt man eine eingeschränkte, unsichtbare Arbeit im Land weiter und verpasst die Möglichkeiten, die sich aus dem anhaltenden Kampf der Massen für Demokratie ergeben.

Die neue Situation verlangt von uns, dass wir uns mit äusserster Energie in diesen Kampf stürzen, ihn im ganzen Land ausbreiten und intensivieren und ihn in die fortgeschrittene Volksrevolution münden lassen, die den Sozialismus entstehen lässt, der allein auf Dauer die faschistische Gefahr beseitigen kann.

# Die Übergangsperiode

Vier Jahre nach dem faschistischen Putsch vom 12. September 1980 geht die Türkei jetzt durch eine komplexe und kritische Übergangsperiode. Wie lange diese Periode dauern wird und wohin sie das Land führt, ist noch nicht klar.

Die Komplexität und Ungewissheit, die den Übergang charakterisieren, machen es schwierig und gleichzeitig im höheren Masse wichtig, die wenigen Charakterzüge der Lage herauszuheben, die man deutlich sehen und nachweisen kann, die von der Art sind, dass sie das Ergebnis der Situation beeinflussen werden, und die deswegen für diejenigen, die das Ergebnis beeinflussen wollen, als Handlungsanleitung dienen können.

Dass die Natur der Übergangsperiode in der Türkei korrekt bewertet wird, ist von daher eine äusserst wichtige Angelegenheit sowohl für Demokraten und Antifaschisten im Land selbst als auch für ihre Freunde und Unterstützer im Ausland, besonders in Europa.

Wir wollen hier ganz kurz einige Beobachtungen mitteilen, die unserer Meinung nach die oben genannten Kriterien erfüllen:

1. Wir können nicht länger von *Faschismus* oder von einem faschistischen Staat in einem Land sprechen, wo es ein gewähltes Parlament und eine gewählte zentrale Regierung gibt, wo lokale Verwaltungen gewählt wurden, wo es verschiedene politische Parteien gibt, innerhalb derer und zwischen denen ein heftiger Wettbewerb stattfindet, und wo eine lautstarke Presse eine eigene Kampagne

durchführt.

2. Gleichzeitig findet all diese "demokratische" Aktivität nur innerhalb ganz strikt definierter und sehr enger Grenzen statt. Das gewählte Parlament und der Ministerpräsident sind der Gewalt des Kriegsrechts unterworfen, sogar in solchem Ausmass, dass die Bemerkungen des Ministerpräsidenten der Zensur unterliegen. Wie dem Ministerpräsident sind auch der Presse strenge Grenzen in allen Angelegenheiten, die das Kriegsrecht, politische Gefangene und andere Themen betreffen, gezogen. Darüberhinaus darf sich die demokratische öffentliche Meinung zu diesen Angelegenheiten auch nicht auf andere Weise äussern, wie es sich an dem Prozess der 56 prominenten Intellektuellen zeigt, die eine Petition aufgesetzt und unterzeichnet hatten, die das Ende des Missbrauchs demokratischer Rechte forderte. Das ist alles weit von Demokratie entfernt.

3. Neben den eng begrenzten Gebieten, in denen "Demokratie" operieren darf, ist das Land unter der Kontrolle derselben Junta und derselben Armee, die am 12. September 1980 die Macht ergriffen haben. Präsident Evren steht an der Spitze eines landesweiten Apparats militärischer Kontrolle. Er ernennt den Stabschef und führt den Vorsitz im Nationalen Sicherheitsrat, dem sich die parlamentarischen Minister beugen müssen.

52 von 67 Provinzen der Türkei sind entweder unter Kriegsrecht oder Ausnahmezustand. Präsident Evren hat Forderungen nach einer Amnestie für

Zehntausende politischer Gefangener zurückgewiesen, die in verschiedener Weise misshandelt werden, was politische Zwangsindoktrinierung und Folter einschliesst. Und vor kurzem, wie um zu zeigen, wer wirklich die Macht in Händen hält, hat ein Militärgericht 22 Linke zum Tod und 45 zu Lebenslänglich verurteilt für den Versuch, den "Staat umzustürzen".

4. Zusätzlich ist es jetzt ein offenes Geheimnis, dass viele Schlüsselpositionen im Staat mit prominenten Faschisten besetzt werden. Hochrangige frühere Mitglieder der faschistischen NAP (Nationale Aktionspartei) stehen jetzt an der Spitze der staatlichen Radio- und Fernsehgesellschaft, des Arbeitsministeriums und der Staatspolizei. Frühere NAP-Kader sind auch zu einer bedeutenden Kraft in der regierenden Mutterlandspartei geworden. Diese Beförderung von Faschisten und Terroristen in höchste Staatspositionen veranlasste sogar die Londoner *Times*, den Anspruch der Junta, den "Terrorismus besiegt zu haben", infrage zu stellen.

5. Sogar in dem begrenzten Raum, in dem sie operieren dürfen, sind die Regierung und die politischen Parteien in vollständiger *Unordnung*, sodass seit einiger Zeit offen von einer *politischen Krise* die Rede ist.

Anscheinend haben die Minister in der Regierung niemals von dem Prinzip der Kabinettsolidarität gehört und streiten sich ständig in der Öffentlichkeit über eine ganze Reihe von Fragen in denen sie offenbar unfähig sind, sich zu einigen. Eine Zeitung zählte neun "Widersprüche" in der Regierung auf, darunter: Reorganisation der Bürokratie, Politik gegen die Elendsquartiere, Atomkraftwerke, Freihandelszonen, Amnestie, "imaginäre Exporte" und Ersetzung der Galatabrücke (*Milliyet*, 27. August).

"Operationen" gegen Grenzbehörden, Teile des Gerichtsapparats und Pharmazeutische Fabriken spielen sich auf dem Niveau eines Kleinkrieges ab, genau wie der Kampf in der regierenden Mutterlandspartei zwischen den Fraktionen, die sich von den früheren politischen Parteien Gerechtigkeitspartei, Nationale Aktionspartei und Nationale



Der Nationale Sicherheitsrat am Jahrestag des Putschs

Heilspartei (islamisch) herleiten.

6. Die sogenannten "Oppositions" parteien sind in nicht viel besserer Verfassung. Da sie im Parlament nicht angemessen repräsentiert sind (SODEP und die Populistische Partei wurden zu den allgemeinen Wahlen im November 1983 nicht zugelassen), ist ihre Unfähigkeit, eine ernstzunehmende Alternative zu der Regierung Özal zu bieten, so offensichtlich, dass einige Teile der Presse eine lautstarke Kampagne für die Schaffung einer wirksamen Opposition führen.

7. Inzwischen machen sich die Zeitungen ein Fest daraus, über die Fehlschläge der Wirtschaftspolitik Özals zu berichten und das Schicksal des "Hauptpfeilers" zu beschreiben, dem diese Politik zugute kommen sollte. Die Verarmung der arbeitenden Massen wird detailgetreu beschrieben, da die Zeitungen miteinander wetteifern, ihre Sympathie für die Massen unter Beweis zu stellen.

Gleichzeitig warnen die Führer der legalen Gewerkschaft *Türk-İş* vor einer "sozialen Explosion", wenn Reallöhne und Lebensbedingungen weiter absinken und die Arbeitsgesetzgebung nicht geändert wird, so dass freie Tarifverhandlungen stattfinden können. Vor kurzem erst warnten Halil Tunç und Şeket Yılmaz bei einem Treffen des Exekutivkomitees von *Türk-İş*, dass "es so nicht weitergehen könne".

Sogar die Weltbank zieht die Schlussfolgerung, dass die Türkei einen "Prozess der Verarmung" durchgemacht hat.

Aus all dem ist ersichtlich, dass die Übergangsperiode eine Periode des akuten Kampfs ist und bleiben wird. Wir sprechen hier nicht über die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Parteien innerhalb der schmalen Sphäre der "Demokratie", die von der Junta gewährt wurde, obwohl auch das weitergehen und sich zuspitzen wird. Wir beziehen uns auf den Kampf zwischen der Junta mit all ihren Unterstützern und Rechtfertigern — inner- und ausserhalb des Parlaments — auf der einen Seite und der Arbeiterklasse und dem Volk, denen keinen echte, legale Repräsentation in der begrenzten "Demokratie" zugestanden wurde, auf der anderen.

Dieser Kampf muss unterstützt werden, wenn die Übergangsperiode in einem Sieg der Demokratie anstatt in einer Rückkehr zum Faschismus enden soll.

# Ein Zeichen der Zeit?

## Emniyet Müdürü Belediye Başkanı'nı hastanelik etti

✓ Çanakkale'nin Iskele Meydanı'nda yüzlerce kişinin önündeki dövüşmeden sonra Çanakkale Belediye Başkanı Orhan Uğur, beyin cerrahide tedavi altına alındı.

Kavga, Çanakkale'nin en büyük meydanı olan Iskele Meydanı'na fayton durağı konulup konulmaması tartışması yüzünden çıktı. Çanakkale Valisi Erdiç Büyükkalın olaydan sonra kavgaçılann her ikisi hakkında da soruşturma açtı.

Olay şehrin en merkezi yerinde yüzlerce kişinin önünde meydana geldi.

(Yazısı sayfa 4, sütun 5'de)



"DAVACI OLACAĞIM". Hastanede tedavi altına alınan Çanakkale Belediye Başkanı Orhan Uğur, Emniyet Müdürü Şükrü Yetimoğlu'nun (Ustte) kendisini polislerle birlikte tartakladığını öne sürdü.

Seit den Kommunalwahlen vom März 1984, als wenigstens in Theorie die Macht an gewählte zivile Stadtverwaltungen zurückgegeben werden sollte, haben sich verschiedene gewalttätige Vorfälle zwischen örtlichen Bürgermeistern und Militärkommandeuren, die immer noch die entscheidende Macht darstellen, ereignet. So z. B. in Çanakkale, wo der Bürgermeister ins Krankenhaus eingeliefert wurde, nachdem ihn der örtliche Militärkommandant vor einer grossen Menschenmenge nach einem Streit übers Parken zusammengeschlagen hatte.

Der Bürgermeister hatte Befehle des Kommandanten zurückgewiesen und erklärt, er sei die gewählte Autorität der Stadt (*Hürriyet*, 3.Aug.1984).

Auf diesen Seiten geben wir eine Zusammenfassung der Rede, die R. Yürükoğlu bei einer Versammlung in London anlässlich des 64. Jahrestags der Gründung der TKP hielt. Die Rede beschäftigte sich mit der Frage des Zerfalls des Faschismus und der Natur der Übergangsperiode, durch die die Türkei jetzt geht. Sie ist vor kurzen auch als Buch erschienen.

# Der Zerfall des Faschismus

R. Yürükoğlu

Dass der Faschismus in die Türkei kam, war nicht unvermeidlich. In dieser Hinsicht ist die Beobachtung interessant, dass vor dem 7. Kongress der Komintern die Ansicht auftrat, dass dem Zusammenbruch des Kapitalismus, da der Imperialismus immer reaktionärer werde, eine Phase des Faschismus vorausgehen werde und diese Phase natürlich und unvermeidlich sei. Diese Ansicht wurde später korrigiert.

Faschismus ist für die herrschende Klasse dann *zwingend notwendig*, wenn die politische Krise nicht überwunden werden kann und wenn Symptome für den Zusammenbruch des Systems sichtbar werden. Unter diesen Bedingungen ist der Faschismus für Gesellschaften *unvermeidlich*, in denen die revolutionären Kräfte relativ schwach geblieben und unfähig sind, die herrschende Klasse in einer revolutionären Situation zu stürzen. Wenn wir also von einer Notwendigkeit hinsichtlich des Faschismus sprechen, dann ist damit keine geschichtliche, sondern eine politische Notwendigkeit gemeint.

In der Türkei kam der Faschismus, um die revolutionäre Situation zu zerschlagen und die Revolution zu verhindern. Das war sein *unmittelbares Ziel*. Daneben hatte er als längerfristige (und weniger realisierbare) Ziele: Lösung der Probleme, die die revolutionäre Situation verursacht hatten; Förderung des Aufstiegs zum imperialistischen Staat; Durchführung der Zentralisation des Staates, des sozialen Lebens und der Ökonomie, die in dem Stadium, das der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Türkei erreicht hat, erforderlich ist.

Faschismus ist nicht unvermeidlich, obligatorisch oder notwendig. Er ist weder eine Phase, die durchgemacht werden muss,

noch ist er angesichts der Tatsache, dass er als eine Ausnahmeform der Staatsorganisation sehr ernste strukturelle Schwächen besitzt, *eine dauernde, permanente Staatsform*. Wenn der unmittelbare Grund für sein Kommen beseitigt ist, nämlich die Lösung der politischen Krise, die ihn für die herrschende Klasse zwingend notwendig machte, und die Verhinderung der Revolution, dann *ist der Weg für sein Abtreten offen*. Was die werktätigen Klassen anbetrifft, so würden sie auf jeden Fall den Faschismus in dem Augenblick stürzen, in dem ihre Kräfte ausreichen.

Wenn es dem Faschismus gelungen ist, den unmittelbaren Grund für sein Kommen zu beseitigen, ist das der Anfang seines Endes. Wenn wir für einen Augenblick die Mehrheit der Gesellschaft, die arbeitenden Menschen ausser acht lassen — sogar vom Standpunkt der Bourgeoisie aus *ist er gezwungen zu gehen*. Denn Willkür, Gesetzlosigkeit und Gewalt sind ein zweischneidiges Schwert.

Ob der Faschismus geht oder nicht, sobald der unmittelbare Grund für sein Kommen beseitigt ist, ob ihm Zeit bleibt, seine langfristigen Ziele zu erreichen oder nicht, und welche Art von Prozessen wirksam sind, wenn er geht, sind Fragen, deren Antworten im Gleichgewicht der politischen Kräfte liegen. Die Antworten liegen im Grad der Klassenunterstützung, die der Faschismus einerseits und die Alternativen zu ihm andererseits erhalten. Jedoch widerspricht das nicht der Tatsache, dass der Faschismus nicht länger politisch notwendig ist, wenn er einmal sein unmittelbares Ziel erreicht hat.

Behalten wir im Sinn, was wir bis jetzt gesagt haben, und lasst uns fragen, ob die faschistische Junta ihr unmittelbares Ziel erreicht hat. *Sie hat es erreicht*. Sie hat die revolutionäre

Situation unterdrückt, die politische Krise gelöst und eine reaktionäre Stabilisierung erzwungen.

Sie hat auch einen Teil ihrer langfristigen Ziele erreicht: die ökonomische und politische Zentralisierung, die der staatsmonopolistische Kapitalismus braucht. Sie war allerdings unfähig, in nennenswerter Weise imperialistisch zu werden und ins Ausland zu expandieren...

Daher konnte die Junta die ökonomische Krise nicht lösen, von Entwicklung ganz zu schweigen. Sie konnte die Grundlagen für die revolutionäre Situation nicht beseitigen. Opposition begann in der Gesellschaft zu wachsen. Die Junta, deren Basis sowieso schmal war, fing an, unter schweren Druck zu geraten, "zu gehen".

In dieser Lage geriet die Junta auch in ihren internationalen Beziehungen in Schwierigkeiten. Sie begann vor allem, den Druck der europäischen Bourgeoisie zu fühlen, die, verglichen mit den Vereinigten Staaten, der Vorhut der Konterrevolution im Weltmassstab, andere Positionen einnimmt und durch den Druck der demokratischen öffentlichen Meinung in diesen Ländern gezwungen ist, diese Unterschiede noch auszubauen. Die europäische Bourgeoisie machte es ganz klar, dass sie einen gewissen Grad an demokratischem Vorgehen, selbst wenn er nur auf Täuschung beruhe, einer nackten Diktatur vorzöge.

Wegen der Position der Türkei in der Welt und gewissen Zügen von ihr war es von Anfang an eines der unverzichtbaren Ziele der faschistischen Junta, die Anerkennung und den Respekt Westeuropas zu gewinnen. Gleichzeitig war die Anerkennung durch den Westen Teil eines viel breiteren Problems: dass der Faschismus eine Gestalt annimmt, die für die Gesellschaft in der Türkei annehmbar ist und

ihrer Lebensart entspricht. Akzeptanz durch Europa war ein Teil dieses breiteren Problems.

Wenn man die politischen Wendungen der Junta im Sinn behält, wird es klar, dass aus der regierenden Elite verschiedene Antworten auf dieses breitere Problem kamen. Ein Teil erklärte sich dafür, die Junta solle in derselben Weise weitermachen, wie sie angefangen hatte, und vertrat die Auffassung, dass selbst die kleinste Aufweichung die ganze Existenz des Regimes und des Staates gefährden und die "Staatsfeinde" wieder beleben werde. Sie hatten recht! Auch kleinste Veränderungen für die Türkei vorzuschlagen, sagten sie, habe dasselbe Ergebnis, wie einem Alkoholiker einen Drink zu bestellen. Und das hat es.

Andererseits erklärte die realistischere Sektion der herrschenden Elite, die Sektion, die ein besseres Verständnis von den Bedingungen in der Welt und in der Türkei hat, dass der Fortbestand des Regimes erfordere, wenigstens den Anschein einer grösseren Beteiligung des Volkes in dieser oder jener Weise zu erwecken.

Wir müssen auch als einen dem Zerfallsprozess zugrundeliegenden Faktor die Notwendigkeit für die Armee in Betracht ziehen, sich vom politischen Leben zurückzuziehen, um ihre innere Disziplin aufrechtzuerhalten.

## Demokratie und Zerfall

In der Türkei griff die Junta zu einem "Demokratie" — Manöver, um den Druck zu mildern, der sich im Land unter den Bedingungen, die wir oben zusammengefasst haben, fühlbar gemacht hatte, und um für die europäische Bourgeoisie eher akzeptierbar zu sein. Nach dem Beispiel von Atatürks gefälschter kommunistischer Partei rief sie drei Parteien ins Leben. Sie legte ihr Veto gegen jeden alten oder neuen Politiker ein, der die Tendenz zeigte, eine von der Junta unabhängige Politik zu verfolgen. Auf diese Weise sollte sich nach ihrem Plan das "Demokratie"-Manöver über eine längere Zeit hinziehen, und das Hin und Her zwischen diesen drei Parteien sollte die steigende Spannung verhindern. Auf dem Papier hätte das Manöver erfolgreich sein können.

Am Anfang waren "Zivilregierung", "Übergang zur Demokratie" usw. wirklich ein Manöver. Man wird sich in der Tat daran erinnern, dass die Junta erst die Idee einer *einzigsten Staatspartei* propagierte. Als es

klar wurde, dass daraus nichts werden würde, rief die Junta drei Marionettenparteien ins Leben, um ihre Ziele auf anderem Weg zu erreichen. Aber auf Grund der Verhasstheit der Junta und ihrer Taten in der Gesellschaft hörten die Parteien dann auf, Marionetten zu sein. Ausserdem bildeten sich drei weitere Parteien.

Selbst nur diese wohlbekanntesten Entwicklungen illustrieren zwei Züge der faschistischen Junta im Prozess ihres Zerfalls.

1. Das Junta-Regime zu liberalisieren, schliesst nicht eine Tendenz zur Demokratie ein; oder, um es anders auszudrücken, das Regime konnte nicht ewig auf demselben Weg weitergehen, und nach Absicht der Junta sollte der "Übergang zur Demokratie" *lang und langsam* sein (die Bedeutung ist dieselbe).

2. Allerdings kann die Junta nicht das Risiko eingehen, dass ein neuer, grosser Konflikt in der Gesellschaft zum Ausbruch kommt, und zeigt aus diesem Grund taktische Flexibilität, indem sie in jeder neuen Lage die Lösung akzeptiert, die für sie am vorteilhaftesten oder am wenigsten schädlich ist.

Wir werden diesen Zügen der Junta im Zerfallsprozess des Faschismus noch oft begegnen.

Wie gesagt, auf dem Papier sah der Plan der Junta nicht einmal schlecht aus, aber er funktionierte nicht. Die ökonomische Krise, die die Junta nicht lösen konnte, wurde tiefer und wurde auch nicht besser durch die falschen Statistiken, die zum Nutzen des IWF veröffentlicht wurden. Die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen zeigten einen scharfen Knick nach unten. Da sich unter diesen Umständen die ohnehin schmale Massenbasis der Junta noch mehr verengte, brachte die *Einführung des "Übergang zur Demokratie"-Manövers den Beginn des Zerfallsprozesses des Faschismus mit sich*. Was diesen Prozess hervorbrachte, waren die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft der Türkei.

Als sich zwei politische Parteien gebildet hatten, schlossen sich einige nicht-faschistische rechte und Zentrums-Kader vor allem der Mutterlands- und der Populistischen Partei an. Einige dieser Kader waren dabei der Meinung, es handle sich bei diesen um echte politische Parteien; andere glaubten, dass sie, was auch immer der Fall sein möge, diese Parteien nach ihrem Beitritt entsprechend beeinflussen könnten. Was noch wichtiger war, diese beiden Parteien, besonders

die Mutterlandspartei, begannen objektiv als Kanäle zu dienen, in denen sich der verbreitete Zorn gegen den Faschismus sammelte. Seit es bekannt war, dass andere Parteien gegründet werden konnten und würden, konnte dieser Prozess der Kanalisierung nicht mehr zur Genüge fortschreiten. Trotzdem, in dem Grad, in dem er noch weiterging, führte er dazu, dass diese Parteien störende Oppositionsgeräusche gegen Handlungen der Junta von sich gaben.

Inzwischen wurden die Partei des Rechten Weges und die Sozialdemokratische Partei (SODEP) gegründet, Parteien, die kein faschistisches Regime wollten, aber vorziehen, an seine Stelle ein restriktiveres System zu setzen als das vor dem 11. September (1980-T.S.). Die Teilnahme dieser Parteien an den Kommunalwahlen stellte ein neues Stadium im Zerfallsprozess dar.

SODEP, die Zentrumspartei der nicht-monopolistischen liberalen Bourgeoisie, wendete eine sehr überlegte Taktik an, da sie nicht sofort gegen die Junta auftreten wollte und vorzog, die Position, die sie anstrebte, nach und nach und auf dem Weg des geringsten Widerstandes zu erreichen.

Am Anfang schritt der Zerfallsprozess langsam voran. Trotzdem, wie schwankend, unentschieden und lauwarm auch sein Fortschreiten war, jeder Schritt in die Richtung, das Funktionieren des Faschismus zu untergraben, öffnete gleichzeitig den Weg für Schritte, die immer ein bisschen mehr progressiv, ein bisschen weniger beschwichtigend, ein bisschen mutiger waren. Beispiele dafür sind die Partei der Demokratischen Linken, die die Vorbereitungen für ihre Gründung abgeschlossen hat, die Petition von 1256 Intellektuellen, die Erklärung der Rechtsanwälte, die steigende Anzahl von Publikationen, die wachsende Aktivierung der Gewerkschaften, die Unruhe unter der studentischen Jugend und die Aktivitäten der Vereine, die sich auch ein Herz gefasst haben.

Was tut die Junta angesichts dieser Entwicklungen, die als ein Manöver anfangen, aber dann ihre Reichweite ausdehnten?

1. Bevor ihr die Sache völlig aus der Hand gleitet, nimmt sie in zunehmendem Masse Verhaftungen vor, um die revolutionäre Bewegung so zu verkrüppeln, dass sie wenigstens in den nächsten 5-6 Jahren nicht  
(Forts. S.6)

(Forts. v.S.5)

aufrecht stehen kann, und verschärft das Ausmass an Folterungen, Provokationen gegen lokale Kader durch die Zivilpolizei und anonymen Morden. "Die Möglichkeiten wachsen, aber die Repression nimmt nicht ab."

2. Nachdem die Nationale Demokratie-Partei, die von der Junta als die "Partei der Macht" geplant war, vom Hass des Volkes gegen die Junta auf ihre wahre Grösse zurechtgestutzt worden war, machte sich die Junta daran, eine gangbare Arbeitsteilung mit der Mutterlandspartei zu entwickeln, die zur stärksten Partei aufgestiegen war, und sie in jeder Hinsicht zu stärken.

Sie hat den Eintritt bekannter ziviler Faschisten in die Partei und in Positionen auf jeder Ebene des Staates gefördert.

Was anderes auch noch geschah, die Entwicklungen, deren Zeugen wir seit dem 12. September wurden, bestätigten schon nach dem kurzen Zeitraum von zwei Jahren unsere Auffassung:

"Der Umstand, dass die faschistische Junta an die Macht kommen konnte, zeigt die relative Schwäche der revolutionären Kräfte gegenüber den konterrevolutionären Kräften. Allerdings ist deren Überlegenheit brüchig und unzuverlässig. Die ökonomischen und sozialen Realitäten unseres Landes und die Forderungen unseres Volkes werden gegen den faschistischen Putsch arbeiten." (Erklärung des Büros des Koordinationskomitees der TKP, 14. September 1980)

### Der Begriff "Zerfall" und einige "Kritik"

*Faschismus* ist eine Form bürgerlicher Diktatur (= Staat). Im Grunde beruht der faschistische Staat auf nackter Gewalt. Er hat eine monolithische, zentralisierte Struktur; die Gewalt der Exekutive ist über allem und unbegrenzt. Er hat eine korporative Organisationsform, die jede Art von Gewerkschaft oder Verein (und infolgedessen die Klassen) dem Staat einverleibt. Er schafft das System politischer Parteien und pluralistischer, auf Wahlen beruhender Demokratie ab. Faschismus ist eine Form der Staatsorganisation, die diese Züge — Monolithik, Zentralismus — an erster Stelle zeigt.

Der Sturz des Faschismus bedeutet Zerstörung der faschistischen Staatsform mit einem Schlag — entweder durch

Revolution oder einen Putsch.

Der *Zerfall des Faschismus* bezieht sich auf die Verwässerung, die evolutionäre, prozesshafte Veränderung der faschistischen Staatsform, die schrittweise Modifizierung seiner Regeln und Prozeduren, bis eine neue Staatsform erreicht ist.

Während des Zerfallsprozesses beginnt die faschistische Staatsform Risse zu zeigen. Ihre monolithische Struktur wird zu einem gewissen Ausmass untergraben. Die Gesetze, Institutionen und Prozeduren ändern sich.

Diese Abnutzung geht nicht nur in der von der Bourgeoisie gewünschten Richtung vor sich. Die revolutionäre Opposition des Volkes spielt eine grundlegende Rolle beim Zerfall des bürgerlichen Staates. Je nach ihrer organisatorischen und bewusstseinsmässigen Stärke gibt sie in dieser Rolle entweder einer bürgerlichen Kraft einen Stoss nach vorwärts oder kommt, um alles zu bestimmen.

Wegen der Veränderung im Kräfteverhältnis in der Gesellschaft ist "Zerfall" ein Begriff, der die, notwendig lose, Anwendung der "legalen" Struktur des Faschismus einschliesst; ihr gelegentliches Unfähigwerden; und sogar einige gesetzliche Änderungen in Richtung Demokratisierung.

"Zerfall" ist ein Begriff, den wir auf diese Weise benutzen und dessen Inhalt wir auf diese Weise definieren. Daher wäre es absurd, den Begriff "Zerfall" durch verschiedene Begriffe anderer Autoren verstehen oder, noch falscher, kritisieren zu wollen.

Da gibt es z.B. Poulantzas' Begriff eines "Übergangsprozesses". Er bezieht sich mehr oder weniger auf denselben Prozess. Die Bedeutung, die Poulantzas diesem Begriff gibt, ist allerdings verschieden von der Bedeutung, die wir dem Begriff "Zerfall" geben. Ausser zwei, drei Sätzen um der Form willen räumt er den *inneren Widersprüchen der Bourgeoisie* den Vorrang ein vor dem Kampf des Volkes. Infolgedessen begeht er den Fehler, die Erscheinung als Realität darzustellen und das Volk zu unterschätzen, den Faktor, der den Entwicklungen zugrundeliegt. Das grundlegende Element des Begriffs "Zerfall" ist allerdings der Druck des Volkes, der in verschiedener Weise seine Ausprägung findet. Das ist der bestimmende Faktor, die Grundlage für die Verschärfung der inneren Widersprüche der Bourgeoisie.

Ein zweiter Fehler, und unser

zweites Beispiel, ist das Gleichsetzen von "Zerfall" mit Demokratisierung.

Demokratisierung im politischen Sinn bedeutet, dass die Staatsinstitutionen und die Funktionen, Rechte und Pflichten der Individuen sowie die Beziehungen zwischen diesen staatlichen Institutionen und der Gesellschaft vom *Willen der Mehrheit* bestimmt werden.

**Das grundlegende Element des Begriffs "Zerfall" ist allerdings der Druck des Volkes, der in verschiedener Weise seine Ausprägung findet. Das ist der bestimmende Faktor, die Grundlage für die Verschärfung der inneren Widersprüche der Bourgeoisie.**

Wenn man von Demokratisierung spricht, bezieht man sich *in erster Linie* auf Veränderungen im System der Gesetze und Regeln. Allerdings wäre es nicht korrekt, wenn man sein Verständnis von Demokratisierung nur auf Veränderungen in der legalen Struktur beschränken würde. Die Verbreitung einer abweichenden praktischen Anwendung von gleichbleibenden Gesetzen wäre auch eine Art von Demokratisierung. Eine solche Demokratisierung ist ein direktes, unmittlbares Produkt des Klassenkampfes (z.B. die Unmöglichkeit, die Art. 141 und 142 des Strafgesetzbuchs vor dem Putsch vom 12. September 1980 praktisch anzuwenden). Wenn das neue Verhältnis zwischen den Klassenkräften, das die Demokratisierung hervorbrachte, in der Praxis weitergeht, ist es sicher, dass diese Veränderung sich auch in den Gesetzen widerspiegeln wird.

Wenn wir unsere Definition von "Zerfall" mit dem Begriff "Demokratisierung" vergleichen,



wird es klar, dass es sich nicht um gleiche oder identische Begriffe handelt. Darüberhinaus, jeder solcher Zerfall zieht eine gewisse Demokratisierung nach sich, aber nicht jede Demokratisierung muss einen Zerfall nach sich ziehen (z.B. in Fällen, wo eine Demokratisierung durch eine Revolution oder einen Putsch erreicht wird, ist es nicht ein Zerfall, sondern ein Umsturz).

Die Demokratisierung, die ein Zerfallsprozess nach sich ziehen kann, hängt von den Grenzen des bürgerlichen Staates und dem Verhältnis der Klassenkräfte zu diesem Zeitpunkt ab. Die Demokratisierung, die der Sturz des Faschismus mit sich bringt (was die Möglichkeit einschliesst, dass sich der Zerfallsprozess des Faschismus in seinen Sturz verwandelt), geht allerdings über die Grenzen des bürgerlichen Staates hinaus und kann zu wirklicher proletarischer Demokratie fortschreiten. Das hängt von dem Standpunkt der Klassen ab, die an die Macht kommen...

Die Demokratisierung, die von einem Zerfallsprozess herbeigeführt werden kann, hängt von den Grenzen des bürgerlichen Staates ab, aber es gibt auch eine gute Chance, dass dieser Zerfall und diese Demokratisierung eine revolutionäre Situation hervorbringen.

Der Faschismus weicht nicht freiwillig der Demokratie. Er wird dazu gezwungen. Daher kann man nicht von einer Demokratisierung des Faschismus sprechen, sondern nur von seinem Zerfall.

## Die Verfassung von 1982

Es gibt eine Frage, die geklärt werden muss, bevor wir die Natur der gegenwärtigen Periode und den gegenwärtigen Staat in der Türkei völlig verstehen können. Das ist die Frage nach der Natur der Verfassung von 1982.

Im Gegensatz zu dem weitverbreiteten "Glauben" in der revolutionären Bewegung ist die Verfassung von 1982 keine faschistische Verfassung. Es ist eine autoritäre und reaktionäre Verfassung, abgestützt von einer Serie antidemokratischer Gesetze, besonders eingeschlossenen temporäre Artikel und verschiedene antidemokratische und reaktionäre Bestandteile, die die legale Macht des Präsidenten und des Ministerpräsidenten erweitert haben. Allerdings macht das die Staatsorganisation noch nicht faschistisch.

Eine Verfassung ist das grundlegende Dokument, das die Existenzform des Staates festlegt.

Daher ist sie generell von grosser Wichtigkeit und Bedeutung. Wenn sie auch nichts anderes zeigt als die jeweilige Situation der Klassenkräfte in der Gesellschaft zu dem Zeitpunkt ihres Entstehens, das Kräftegleichgewicht der Klassen. Denn es ist das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft, das die Existenz und die Anwendung der legalen Struktur bestimmt.

Auf der anderen Seite verändert sich aus genau diesem Grund jede legale Struktur, wird in diese oder jene Richtung gezogen oder nur teilweise angewendet, je nach den Veränderungen im Kräfteverhältnis in der Gesellschaft. Denn die gesetzliche Struktur ist statisch, während soziale Strukturen dynamisch sind.

Von unserem Thema her gesehen, wäre es ein "gerichtliches", legalistisches Vorgehen, die Natur eines Staates *nur* mit einem Blick auf seine Verfassung bestimmen zu wollen. Offensichtlich spiegeln Verfassungen das Funktionieren des Staates und die Beziehungen zwischen ihm und der Gesellschaft nicht in des Wortes ganzer Bedeutung wider. Es gibt immer Machtzentren, Prozeduren usw., die sich nicht durch die Verfassung erklären lassen. Aber gleichzeitig wäre es völlig falsch, zu vergessen, dass die Verfassung eines der grundlegenden Mittel ist, mit denen wir das Regime im Land erklären können.

In diesem Fall wollen wir fragen, ob die Verfassung von 1982 und das Gesetz über die politischen Parteien faschistische Dokumente sind.

Nein, die Verfassung von 1982 ist *nicht ein faschistisches Dokument*. Es ist eine Verfassung voller antidemokratischer Artikel. Es ist ein halbherziger Schleier (besonders die temporären Artikel) über eine autoritäre, reaktionäre nackte Diktatur, eine Verfassung, die die Exekutive begünstigt.

Heute geht die Türkei durch eine *Übergangsperiode*. (Diese Übergangsperiode, aufgezungen durch die reaktionäre Bande, soll für mindestens sechs Jahre nach den Parlamentswahlen weitergehen, das heisst, bis mindestens 1990. Die temporären Artikel der Verfassung und sie unterstützender Gesetze beziehen sich alle auf diese Sechsjahresperiode). Mit ihren temporären Artikeln ist die Verfassung von 1982 die Verfassung dieser Übergangsperiode. In gewissem Sinn schliesst die Verfassung von 1982 sowohl Züge der Ausnahmezu-

stands-Form des Staates als auch des normalen bürgerlichen Staates ein. Charakteristika wie allgemeines Wahlrecht, Parteiensystem, Verantwortung der Regierung gegenüber einem gewählten Parlament, alle beziehen sich auf normale bürgerliche Demokratie.

Andererseits sind persönliche Freiheit, politische Organisationen und die politischen Rechte der Individuen unter schweren Restriktionen, und es gibt keine bestimmten, verlässlichen Garantien selbst ihrer eingeschränkten Form. Darüberhinaus beinhaltet die Verfassung verschiedene Mechanismen des Staates im Ausnahmezustand und nackter Diktatur wie die Staatssicherheitsgerichtshöfe. Besonders die temporären Artikel stellen Mechanismen des Staates im Ausnahmezustand dar.

Zusammenfassend, der Übergangs(Interim)charakter dieser Verfassung spiegelt die Übergangsperiode selbst wieder.

## Die Übergangsperiode

Heute geht die Türkei durch eine Übergangsperiode, die einige auffallende Züge miteinander verbindet.

Trotz der nicht nachlassenden Gewalt gegen die revolutionären Kräfte kann *das Regime, das in der Türkei seit der Annahme der Verfassung und dem Übergang von den allgemeinen zu den Kommunalwahlen besteht, nicht als totalitär (faschistisch) angesehen werden*.

Wenn man versucht, im Auge zu behalten, dass es schwierig und nur von relativem Wert ist, Prozesse, die in evolutionärer Weise verlaufen, in definitive Abschnitte zu unterteilen, können wir doch folgende wichtige Stadien im Zerfallsprozess dieses Faschismus, der mit dem Putsch vom 12. September 1980 begann, unterscheiden:

- die Annahme der Verfassung am 7. November 1982;
- die allgemeinen Wahlen vom 6. November 1983;
- die Kommunalwahlen vom 25. März 1984.

Während dieses Zeitraums hat sich der faschistische Staat in einen autoritären Staat verwandelt. Besonders seit den Wahlen vom März 1984 ist der Zerfallsprozess, der noch anhält, zum Zerfallsprozess eines autoritären, nicht eines faschistischen Staates geworden. Die ganze Periode war und ist eine Übergangsperiode, von der es nicht klar ist, wie lange sie anhalten wird (obwohl klar ist,

(Forts. S.8)

(Forts. v.S.7)

dass sie nicht lange dauern wird).

Es mag paradox erscheinen, aber *einer* der Faktoren, die die Übergangsphase bestimmen, ist der Umstand, dass die Junta keinerlei Absicht hat, ihren Griff um die Macht zu lockern. Durch inneren und äusseren Druck gezwungen, einen "Kalender für Demokratie" anzunehmen und ihm zu folgen, ging die Junta von vorneherein an das Problem wie an ein Manöver heran. Aber jedes Stadium des Manövers brachte seine eigenen Bedingungen mit sich, und die Gelegenheit für pluralistische Vorgehensweisen war geschaffen.

Ein *zweiter* Faktor, der die Übergangsperiode bestimmt und ihr hauptsächlich ihren Charakter verleiht, ist der Druck der Partner, die die Macht mit der Junta teilen, sich nicht um die Wünsche der Junta scheren, und die ständige Ausdehnung der Sphäre dieser zivilen politischen Kräfte. Das Regime kann jetzt nicht mehr als ein *totalitäres* (faschistisches) Regime betrachtet werden, sondern als ein *autoritäres*, antidemokratisches, politisch reaktionäres, aggressives und nationalistisches Regime.

Die Teilnahme der Armee an Staat und Regierung nimmt ständig verschiedene Formen an, da sie auf eher indirekte Wege gedrängt wird. Gleichzeitig sind einige Züge, die die Grundlage eines totalitären Staats bilden, entweder verschwunden oder konnten trotz aller Anstrengungen der Junta nicht verwirklicht werden, z.B. eine einzige politische Partei parallel zur Staatsverwaltung, eine einzige staatliche Gewerkschaft, Massenmobilisierung und eine Exekutive, die keiner Überwachung untersteht. All das existiert nicht.

Ein *dritter* Faktor, der die Übergangsperiode bestimmt, ist die Schwächung der Einigkeit zwischen den Ansichten, Kräften und Institutionen, die in gewisser Hinsicht den Mörtel in der Fähigkeit der Junta zur Selbsterhaltung darstellen, seit sie zuerst an die Macht kam.

Die Moschee ist geteilt. Ein Teil der religiösen Elite der Türkei, der traditionell eng mit der arabischen Welt verbunden ist, ist in das Junta-System integriert. Ein anderer Teil scheint innerhalb der Regierungspartei Verhandlungen zu führen und Abmachungen zu treffen. Allerdings ist auch ein grosser Teil gegen die Junta, trotzdem das gegenwärtige Regime mit viel Eifer an der Expansion nach Saudiarabien und Irak arbeitet. All das ist ein

Aspekt des Kampfs, der sich in der Mutterlandspartei abspielt.

Ein *vierter* bestimmender Faktor der Übergangsperiode ist die Unfähigkeit der Vorgehensweisen und Institutionen, die von der faschistischen Junta geschaffen wurden, um den Rückhalt für das Regime im Volk zu sichern und zu erhalten und die Widersprüche und Konflikte auszumergen, die anfangen, wieder die Köpfe zu heben.

Eines der bedeutsamsten Anzeichen für das Fehlschlagen dieser Vorgehensweisen und Institutionen, und der *fünfte* Faktor, der die Übergangsperiode bestimmt, ist die riesige Aufgabe, die die Bürgerliche Presse auf sich genommen hat, der Umstand, dass sie faktisch in gewisser Weise die Aufgabe eines Parlaments erfüllt. Das hat nichts damit zu tun, wie falsch und rückständig sich diese Presse während der politischen Eiszeit verhalten hat, die mit der Machtübernahme der Junta anbrach, und wie reaktionär sogar ein Teil dieser Presse gewesen ist.

Wenn wir heute unser Land betrachten, sehen wir, dass das Übergangsregime sich schweren Problemen gegenüber sieht: neben zu allererst der Arbeiterklasse, und gleich danach den Studenten, in drei weiteren Feldern. Erstens praktiziert die grosse Mehrheit der Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan zumindest eine passive Feindseligkeit gegen das Regime. Das zweite Problem ist der Umstand, dass die religiöse Elite in der Türkei, die der Junta im ersten Jahr eine gewisse Unterstützung gewährte, sich geteilt hat. Drittens, die gesamte Presse, von den weissesten zu den rosaroten, steht gegen die Junta.

Lassen wir die Diskussion beiseite, ob nötig oder nützlich, es wäre aber sicher nicht falsch zu sagen: der kurdische Nationalismus wird in der kommenden Periode stark anschwellen, als ob er sich für die Jahre nach 1980 rächen wolle. Dieses Phänomen dürfte bei der Demokratisierung der Türkei eine grosse Rolle spielen, wie es auch dazu führen kann, dass die nackte, totalitäre Diktatur wiederkehrt.

Sogar wenn man die Frage beiseite lässt, ob nun Faschismus in der Türkei besteht, das reine Überleben des Übergangsregimes hängt heute von völlig verschiedenen Faktoren ab. Die wichtigsten davon sind: 1. Die Bevölkerung ist in einer gewissen apolitischen Stimmung; 2. Diejenigen Interessengruppen, die ins System integriert wurden, sind

noch in gewissem Grade zufrieden; 3. Die revolutionäre Linke, die das Regime bekämpft, wird systematisch aus der politischen Arena herausgehalten; 4. Sie hat noch nicht die Fähigkeit gezeigt, in diese Arena einzubrechen.

Die Türkei geht durch eine Übergangsperiode. Warum Übergangsregime? *Was macht diese Periode zu einer des Übergangs?* Was die Periode zu einer des Übergangs macht, ist nicht der Charakter der Verfassung, sondern die Lage, in der sich die Türkei befindet. In einer Gesellschaft, die unter diesen Bedingungen lebt und, was das wichtigste ist, nach Besserem verlangt, wird die kleinste Liberalisierung in der Tat denselben Effekt haben, als wenn man einem Alkoholiker ein Glas Whisky anbietet. Diese Periode ist nicht eine, die für lange Zeit in der Gesellschaft der Türkei bestehen wird. *Der Zerfall schreitet fort. Aber es ist nicht länger der Zerfall des Faschismus, sondern der Zerfall eines autoritären Regimes.*

### Schreitet der Zerfall langsam voran?

Es gibt verschiedene Anzeichen, die darauf hinweisen, dass sich der Widerstand gegen das Regime ausbreiten wird. Es wäre nicht falsch, von Arbeitern und Studenten in nächster Zukunft Aktionen zu erwarten. Aber andererseits ist es sehr wahrscheinlich, dass es für den Moment dem Regime gelingen wird, solche Aktionen zu begrenzen und zu kontrollieren. Die Gründe dafür liegen in der Antwort auf eine mehr allgemeine Frage.

Warum geht der Zerfall über die Annahme der Verfassung von 1982, die allgemeinen Wahlen von 1983 und die Kommunalwahlen von 1984 vor sich, oder geht er langsam vor sich?

Man könnte wohl sagen, dass, wenn die Aktionen gegen ein Regime, das keinerlei legale Grundlage hat und ein Feind des Volkes ist, sich nicht in plötzliche Explosionen, riesige Demonstrationen und Rache für die konterrevolutionäre Gewalt umsetzen, dieser Prozess langsam voranschreitet. Aber das lässt sich nur in diesem Rahmen sagen, und die Gründe dafür lassen sich erklären.

Wir werden die Frage, ob der Prozess langsam oder schnell voranschreitet, weiter unten beantworten, aber wie auch die Antwort lautet, es ist von grosser Wichtigkeit, die wesentlichsten Gründe dafür zu bestimmen,

warum dieser Zerfall weniger schnell vonstatten geht, als sich Revolutionäre wünschen würden, und darüberhinaus, warum es eher einen Zerfall als einen Umsturz gibt. Wenn wir diese Gründe erfassen, können wir besser verstehen, a) was wir ändern müssen, b) wie wir aus der bevorstehenden Periode Nutzen ziehen müssen.

Unserer Meinung nach ist der erste Grund dafür, dass wir nicht Zeugen eines Sturzes des Faschismus, sondern seines Zerfallsprozesses sind, und dass dieser Prozess nicht in dem Tempo abläuft, auf das wir ungeduldig hoffen, das Fehlen jeglicher Organisation in der revolutionären Front, die das Volk unterstützen könnte und bedeutsame Stärke hätte.

Die revolutionäre Bewegung, die bereits vor dem 12. September schwere ideologische und organisatorische Mängel aufwies, findet sich nun in einer sehr gefährlichen Lage, wo ein Teil der Führer aller Organisationen vom Faschismus beseitigt worden, der Rest ins Ausland nach Europa gegangen ist, und das mit den Bedingungen einer Periode der Reaktion zusammenfällt. Die Mehrheit der Organisationen hat den Kontakt mit der Wirklichkeit in der Türkei verloren und ist in einer Lage, wo selbst die fortgeschrittensten ihrer Kader im epidemischem Ausmass unpolitisch werden.

Die grosse Mehrheit der "Parteien", "Organisationen" oder "Bewegungen", die unfähig waren, dem Griff dieser Verhältnisse zu entgehen und zu einer wissenschaftlicheren Betrachtung der Welt zu gelangen, wurden oder werden zu "Taxi-Parteien", ein Begriff, der aus den letzten Jahren des Franco-Regimes in Spanien stammt (in dem Sinn, dass sie so klein sind, dass all ihre Mitglieder in ein Taxi passen).

Doch eine starke Minderheit der Arbeiter und Werktätigen in der Türkei hat revolutionäre Ideen aufgegriffen. Diese Masse, alleingelassen, versucht, im Dunklen tappend, etwas gegen das Regime zu tun. Und was auch geschieht, geschieht durch diese Leute. Sie sind die *bestimmende Kraft*, die dem Zerfall zugrunde liegt.

Eine Partei ist stark, wenn sie die Sympathie des Volkes gewinnt. Doch wir wissen, dass nur starke Organisationen diese Sympathie gewinnen können.

Der zweite Grund ist, dass wegen des Fehlens einer revolutionären Organisation, die das Volk versteht, es wieder die

Liberalen sind, die den Helden der Opposition spielen. Seit ihrer Gründung hat SODEP bewusst die Politik verfolgt, nicht gegen das Regime aufzutreten. Zusammen mit der neuen Partei, die gegründet werden soll, zielt sie auf eine "Rückkehr zur Demokratie" ab, aber beabsichtigt gleichzeitig nicht, dass diese Demokratie ein Stadium erreicht, das den wahren Interessen des Volkes entspricht. Diese Leute, die wir gut kennen, sind alte Hunde mit neuen Halsbändern.

Daher schreitet der Zerfallsprozess vorläufig auf dem Weg des Handels unter der Bourgeoisie vorwärts. Allerdings ist auch klar, dass nicht einmal das geschähe, wäre nicht der angestaute Zorn des Volkes im Hintergrund.

Der dritte Grund liegt in den Zügen, die die Wertvorstellungen und Institutionen des Überbaus in der Türkei im Lauf der Geschichte angenommen haben. Besonders die traditionellen Züge, die sich durch das Fehlen einer Partei entwickelten, die systematisch, ausdauernd und in genügender Breite Klassenbewusstsein in den arbeitenden Massen weckt, haben eine Wirkung, die nicht unterschätzt werden sollte, wenn auch ihr Einfluss schwindet.

Unter diesen findet man zum Beispiel, dass die Position des religiösen Systems und seiner Institutionen gegenüber dem Faschismus sehr verschieden, d.h. viel rückständiger ist, als die Rolle, die die Kirche in Europa und Lateinamerika gegenüber dem Faschismus spielt.

Unter diesen Umständen hat es die faschistische Junta fertiggebracht, sich an die neue Lage und die auftauchenden neuen Kräfteverhältnisse anzupassen. Sie hat ihren Plan des "langsamen Übergangs zu normaler (so normal sie in der Türkei sein kann) bürgerlicher Demokratie" ausführen können, den wir verschiedene Male erwähnt haben.

In diesem Plan der Junta zeigt sich auch die *allgemeine Taktik des Imperialismus*. Seine Taktik zu verstehen, ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, zu verstehen, welches Stadium das Land gerade durchlebt und was zu tun jetzt nötig ist. Man kann heute von einer Bankrottelle der Konterrevolutionen im Weltmassstab sprechen.

Aber zu unserem Punkt zurückzukehren, ja, der Zerfall des Regimes schreitet voran, in dem Sinn, wie oben ausgeführt, langsam. Aber muss man es wirklich auf diese Weise bewerten, oder entsprechend

revolutionären Hoffnungen? Unsere Völker haben nach dem 12. September 1980 sehr gelitten, aber lasst uns nicht vergessen, dass vier Jahre im Leben der Gesellschaft eine recht kurze Zeitspanne sind.

Lassen wir all das beiseite, so ist die Frage, ob langsam oder schnell, eine relative. Die Entscheidung, ob langsam oder schnell, hat eine gewisse Bedeutung für die Bewertung der Möglichkeiten in der vor uns liegenden Zeit. Allerdings darf uns das nicht dazu führen, einen für heute wichtigeren Punkt zu ignorieren. Was für uns wichtig ist, ob der Zerfall nun schnell vonstatten geht oder nicht, ob eine kurze Zeit schon verstrichen ist oder nicht, ist der Umstand, dass der Plan der Junta "begrenzte und langsame Rückkehr zur Demokratie" mit einiger Regelmässigkeit vor sich geht. Er bewegt sich auf eine Demokratie zu, die beschränkter ist als die vor dem 11. September 1980.

Das Auftauchen einer "legalen" erlaubten Opposition spiegelte am Anfang die bis zu einem gewissen Grade willkürliche "Toleranz" der Junta wider. Gezwungen, ihre Grenzen zu erweitern, brachte diese "Toleranz" das Land an einen *kritischen* Wendepunkt. Die Entwicklungen zeigen an, dass die Periode, die vor uns liegt, sich vom Gesichtspunkt der Junta wie auch der Opposition (Volkskräfte un Liberale) aus gesehen im Zick-Zack-Kurs vorwärts bewegen wird.

Augenblicklich geht das Land auf einem bestimmten Weg voran. Trotzdem hat die Gesellschaft drei Alternativen vor sich: 1. Eine Demokratie "im türkischen Stil"; 2. Entstehung und Vorschreiten einer revolutionären Situation; 3. Eine Rückkehr des Faschismus, entweder im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation oder sogar noch eher (vielleicht sogar morgen).

Im wesentlichen sind diese drei Alternativen tatsächlich das *ständige* Dilemma, dem sich die Türkei bis zur Revolution gegenüber sieht: entweder Faschismus oder Revolution. Um das Schicksal des Volks ändern zu können, gibt es keinen anderen Ausweg als eine fortgeschritten-demokratische Volksrevolution, eine Revolution, die aus dem Kampf für Demokratie und unter der Hegemonie des Proletariats erwächst. Und dafür ist eine kommunistische Partei notwendig, die den Grund erzittern lässt, wenn sie vortritt.

# Ausländerfeindlichkeit gegen Internationale Arbeiterklasse

Canan Gülen

Es ist eine alltägliche Sache, dass in der Zeitung Artikel mit fetten Überschriften wie "Türken raus", "Neonazis haben türkisches Cafe überfallen" usw. zu finden sind. Ausländerfeindlichkeit. Diese Zeitungen, und nicht nur sie, schüren auch selbst Ausländerfeindlichkeit, indem sie die Nachrichten aus ihrer chauvinistischen Sicht darstellen.

Wenn wir der Ausländerfeindlichkeit auf den Grund gehen, finden wir keine psychologischen Gründe, sondern die Konkurrenz zwischen den Arbeitern, die auf einer ökonomischen Grundlage beruht.

Durch die Industrialisierung in den Entwicklungsländern, besonders in der Landwirtschaft, müssen Tausende auswandern, um einen ausreichenden Lohn zu verdienen. Seit Mitte der 50er Jahre herrschte in der Bundesrepublik Hochkonjunktur. Billige Arbeitskräfte wurden aus Italien, Spanien und später auch aus der Türkei geholt.

1961 unterzeichneten die Türkei und die Bundesrepublik ein Abkommen, das den Status der ausländischen Arbeitskräfte als "Gastarbeiter" festlegte. Das hieß, dass diese Menschen nur wenige soziale und keine politischen Rechte besitzen, nach fünf bis zehn Jahren wieder zurückkehren und anstelle der zurückgekehrten neue angeworben werden sollten. Damit sollte die Zahl der ausländischen Arbeiter konstant gehalten werden, und bevor sie irgendwelche Rechte beanspruchen würden, sollten sie wieder aus dem Lande sein. Diese Politik bekam den Namen "Rotation".

Die Rechnung ist aber nicht aufgegangen, denn viele sind schon länger als fünf oder zehn Jahre hier und wollen auch nicht mehr zurückkehren.

Inzwischen sind aber in der internationalen kapitalistischen Wirtschaft einige Veränderungen eingetreten. Die Monopole investierten nicht mehr in ihren eigenen Ländern, sondern dort, wo es billige Arbeitskräfte gab.

Anfang der 70er Jahre kam die Wirtschaftskrise und 1973 der Anwerbestopp für ausländische Arbeiter. Nur noch Familienangehörige durften einreisen. (In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Ausländer nicht mehr wesentlich angestiegen.)

Die eigentliche Wende kam 1981 mit den Beschlüssen zur Behinderung des Nachzugs. Bei der heutigen Rechtskoalition (CDU/CSU-FDP) ist ein neues Ausländergesetz auf der Tagesordnung. Bis 1990 soll die Ausländerzahl auf die Hälfte reduziert werden (Zitat: Innenminister Zimmermann).

Mit der Wirtschaftskrise ist das Mass des "Erträglichen", was die Zahl der Arbeitslosen betrifft, auch für diesen Staat überschritten. Von den 2,5 Mio. Arbeitslosen sind 120 000 Arbeiter aus der Türkei. Die Arbeitslosigkeit unter Deutschen liegt bei 7,5%, bei den Arbeitern aus der Türkei ist sie doppelt so hoch. Jedoch gibt es nach Aussagen der Ausländerbeauftragten Liselotte Funcke Industriebereiche, wo ein Verzicht auf ausländische Arbeiter nicht möglich ist. Dort beträgt ihr Anteil an der Belegschaft bis zu 35%.

Die Grundkonzeption für das neue Ausländergesetz bezweckt die Integration der sogenannten "zweiten Generation" der Ausländer als weiterhin billige Arbeitskräfte und die Rückkehr der nicht mehr gebrauchten. Eigentlich ist also das neue Ausländergesetz nichts anderes als die Rotationspolitik von damals, angepasst an die Situation von heute.

Auf der anderen Seite versucht das Finanzkapital in der Türkei mit allen Kräften, den Devisenbestand möglichst hoch zu halten. In den Zeitungen laufen verschiedene Kampagnen. Die Arbeitslosigkeit in der Türkei liegt bei etwa 6 Mio. Weitere 1,5 Mio. Arbeitslose, die aus dem Ausland zurückkehren, würden die Krise nur noch mehr verschärfen. Daher ist der türkische Staat gegen die Rückkehr seiner

Arbeitsemigranten. Gegen ihre Integration im Ausland ist er aber auch, da er befürchtet, auf längere Sicht ihre Überweisungen zu verlieren, die heute noch die Devisenbilanz verbessern.

Grundsätzlich ist die Arbeitskräftewanderung im Kapitalismus keine schlechte Sache, weil sie dazu beitragen kann, nationale Unterschiede und Vorurteile abzubauen und eine internationale Arbeiterklasse zu formen.

Nationale Ökonomien haben mit der zunehmenden Monopolisierung des Kapitals in den westlichen Ländern immer weniger eigene Möglichkeiten. Seit langem ist das Kapital dazu übergegangen, mit Hilfe erpresserischer Methoden des IWF (Internationaler Währungsfond) besonders in Entwicklungsländern Investitionen durchzusetzen oder Arbeitskräfte aus diesen Ländern zu importieren. Dadurch ist weltweit ein riesiges Heer von Wanderarbeitern entstanden, die Keimzelle einer internationalen Arbeiterklasse.

Die kapitalistische Gesellschaft steht diesem Gedanken natürlich feindselig gegenüber. So ist es nicht verwunderlich, dass sich der Repressionsapparat dieser Gesellschaft vor allem gegen politisch bewusste, fortschrittliche ausländische Arbeiter richtet. Besonders betroffen davon sind die Arbeiter aus der Türkei. Die politischen Verhältnisse in der Türkei haben dazu geführt, dass sich viele oppositionelle Kräfte im Exil befinden. Diese Opposition wie auch die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik sollten erkennen, dass die Unterdrückung in der Türkei und die verschärfte Ausländergesetzgebung in der Bundesrepublik zusammengehören.

Wenn sich deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam für gleiche Rechte einsetzen, macht das der von den Kapitalisten künstlich geschaffenen und geförderten Konkurrenz ein Ende.



Bei der letzten "Operation" jenseits der Grenzen der Türkei gefangengenommene Kurden

## Der Krieg zwischen Iran und Irak und die Türkei

In der zweiten Augushälfte überschritt die Armee der Türkei die Grenzen sowohl zu Iran als auch zu Irak. Nach vielen Berichten betrug die Tiefe des Eindringens in beide Länder bis zu 50km und wurde ohne vorherige Einwilligung von Iran oder Irak durchgeführt, allerdings im Rahmen einer allgemeinen Vereinbarung mit beiden Ländern über "Grenzprobleme".

Das fragliche Problem sind die Aktivitäten der kurdischen Nationalisten im Iran und Irak. Diese Aktivitäten haben sich in den vier Jahren des Iran/Irak-Krieges merklich ausgeweitet, und die gegenwärtige Regierung in der Türkei hat die Aufgabe übernommen, sie in einer Zeit, in der die Zentralregierungen in Iran und Irak zu sehr mit dem Krieg beschäftigt sind, niederzuwerfen.

Es handelt sich um die dritte derartige Operation, die die Türkei in Irak in den letzten 18 Monaten durchgeführt hat. Zusätzlich haben die beiden Länder ständige Patrouillen an der knapp 1200 km langen Ölleitung von Kirkuk in Irak bis an die Mittelmeerküste der Türkei eingerichtet. Regierungssprecher und Zeitungen in der Türkei erklären nun seit zwei Jahren, dass die irakische Regierung ihre Souveränität über die nördliche kurdische Provinz nicht mehr aufrechterhalten könne, während für die Türkei die Wiederherstellung von "Sicherheit" eine

Angelegenheit ihrer ganzen "Existenz und Einheit" sei (*Milliyet*, 28. August 1984).

Während der Iran/Irak-Krieg in sein fünftes Jahr eintritt, hat ihn die Türkei geschickt benutzt, um ihre *faktische* militärische Kontrolle über die zwei nördlichen Ölprovinzen Iraks aufzurichten, die, wenn man den türkischen Revanchisten glaubt, sowieso zur Türkei gehören, Kirkuk und Mosul.

Das ist nicht die einzige Angelegenheit, in der die Türkei den Iran/Irak-Krieg benutzt hat, um ihre Position in der Region zu stärken. Ökonomisch war der Krieg ein Super-Gewinn. Die Exporte in den Iran stiegen von 8,5 Mio.\$ 1980 auf 1,1 Mrd.\$ 1983, und der Iran ist jetzt der wichtigste Handelspartner der Türkei.

Die Exporte in den Irak sind von 136 Mio.\$ 1980 auf 319 Mio.\$ 1983 gestiegen, und nach neueren Berichten hat der Irak der Türkei einen Anteil von 90 Mrd.\$ an seinem Wiederaufbauprogramm am Ende des Krieges versprochen (*The Middle East*, Juli 1984).

Ein Beobachter gab folgende Beschreibung der parasitären Position des türkischen Kapitalismus im Iran/Irak-Krieg:

"Türkische Offizielle haben eine Menge Zeit und Anstrengungen in den Iran/Irak-Krieg investiert, und es zeigt sich: jetzt fressen beide Seiten

ihr aus den Hand. Die Hotels in Bagdad und Teheran sind voller Türken, die alle Arten von Geschäften machen, alles verkaufen vom Kühlschrank über Unterwäsche zu Batterien. Was die Japaner für den Westen sind, werden die Türken für Iran und Irak.

Keine andere äussere Kraft hat den Golfkrieg so brilliant manipuliert wie die Türken. Trotz aller Intrigen mit Irak ist die Türkei — wie ihre Diplomaten korrekt feststellen — noch immer das neutralste Land in der Region, dem man von beiden Seiten am meisten vertraut und das man am meisten braucht. Noch bezeichnender ist, dass die Einmischung der Türkei im Golf nur ein Beispiel dafür ist, was sie im ganzen Vorderen Orient tut. Ministerpräsident Özal fliegt hin und her zwischen Tripoli, Riad und ähnlichen Orten, unterzeichnet Verträge und ebnet die Wege für noch mehr Geschäfte" (Robert Kaplan, "Turkish Contraband", *Spectator*, 7. Juli 1984)

Wie soll man nun die "Neutralität" der Türkei bewerten und den oft wiederholten Anspruch, dass "die Türkei die geeignetste Partei ist, die eine Einigung im Iran/Irak-Krieg erzielen könnte" (Aussenminister Halefoğlu)? Es ist nichts als ein Angebot, den Schiedsrichter in diesen und anderen Streitigkeiten zu spielen. Kurz: die einflussreichste Macht in der Region zu werden.

Die Entwicklungen im Krieg zwischen Iran und Irak haben für die Demokraten und Sozialisten der Türkei besondere Bedeutung gewonnen, da das Regime Operationen in beiden Ländern durchführt, gewinnträchtige Aktivitäten entfaltet und versucht, sich selbst als Schiedsrichter in dem Konflikt zu präsentieren. Der folgende Artikel ist eine Zusammenfassung von drei Artikeln, die in *İşçinin Sesi (Arbeiterstimme)* Nr. 258, 260 und 262 erschienen sind.

# Der Iran/Irak-Krieg

Ayla Antepli

Der Krieg zwischen Iran und Irak hält nun seit vier Jahren an. Nach Schätzungen sind etwa 240 000 Personen getötet worden. Die Techniken gehen von der "Menschenwelle" Khomeinys (einschliesslich des Einsatzes Tausender Jungen zur Räumung irakischer Minenfelder und die Verteilung von "Schlüsseln zu den Paradiesestoren" an Horden von "Kandidaten für das Märtyrertum", die mit weissen Laken und roten Stirnbändern ihre Bereitschaft zum Tod zeigen) bis zu begrenzten Luftangriffen auf Städte und Ölproduktionsstätten und dem Einsatz chemischer Waffen durch Irak. Und last not least gibt es den "Tankerkrieg" der immer wieder seit letztem April aufgeflackert ist.

Es war ein aussergewöhnlicher Krieg, der mit aussergewöhnlicher Wildheit geführt wurde. Nicht nur auf dem Schlachtfeld, wo angeblich allein im letzten Februar 27 000 gefallen sind. Tatsächlich ist die Wildheit auf dem Schlachtfeld und die Wildheit der Drohungen, auch andere Länder einzubeziehen, nur ein äusseres Zeichen der Wildheit und des Terrors, mit denen beide Regimes gegen ihre eigenen Völker vorgehen.

Der Iran/Irak-Krieg ist in vieler Hinsicht aussergewöhnlich, und jeder Aspekt verlangt nach Klarstellungen:

*Erstens* machen die Intensität und die Dauer des Krieges in Zusammenhang mit den Waffen und Taktiken, die zur Anwendung kamen, und den Eskalationsdrohungen, die ausgestossen wurden, den Iran/Irak-Krieg zu einem grösseren Krieg zwischen zwei grösseren regionalen Mächten. Es ist *der erste grössere Krieg zwischen zwei nach ihrem eigenen Selbstverständnis "antiimperialistischen" Ländern der "Dritten Welt"* (Tatsächlich klagt jede Seite die andere an, die

Speerspitze der imperialistisch-zionistischen Aggression zu sein.)

Der *zweite* Punkt ist das sich hinziehende Patt, das zum charakteristischen Zug des Krieges geworden ist. Auf den ersten Blick ist das Patt ein rein militärisches; die Unfähigkeit auf beiden Seiten, zu kämpfen und den Kampf auf dem Feld zu gewinnen, ein Fall von Fehleinschätzung, "blockierter Strategie" und Unsicherheit auf beiden Seiten.

Aber das Patt geht noch viel tiefer. Nicht nur zwei Regimes blockieren sich gegenseitig, sondern die zwei Staaten, die den Iran/Irak-Krieg erklärten, die gescheiterten Strategien entwarfen und jetzt ihre Armeen an der Front warten lassen.

*Drittens*, obwohl es nur die Kräfte Irans und Iraks sind, die auf dem Schlachtfeld erscheinen, und trotz aller Beteuerungen von "Neutralität" (am lautesten von der Türkei) ist jeder Staat in der Region auf die eine oder andere Weise in den Krieg verwickelt. Dieser Verwicklung liegt der Umstand zugrunde, *dass im Kern des Krieges zwischen Iran und Irak die Frage der Aufrechterhaltung der regionalen "Ordnung" steht, besonders der "Ordnung" zwischen den arabischen Ländern der Region.*

*Viertens*, die Vermehrung aller Arten von "Erklärungen" für den Krieg, die versuchen, ihn wegzuerklären: ein bedeutungsloser Krieg, ein lokaler Grenzkonflikt, ein persönlicher Krieg zwischen zwei störrischen Männern, ein Religionskrieg, ein Krieg zwischen Islam und arabischem Nationalismus, ein vom US-Imperialismus exportierter (provokierter oder verlängerter) Krieg. Andererseits fehlt jede ernsthafte marxistische Erklärung für den Iran/Irak-Krieg. Im Zusammenhang damit steht

das Auftauchen von Versuchen, "Krieg" im allgemeinen neu zu definieren, besonders den lokalen Krieg.

*Fünftens* haben wir den erstaunlichen Umstand, dass für den Moment die Sowjetunion und die USA beide dieselbe Seite begünstigen: Irak. Auch hier scheint der Krieg "traditionelle" Grenzen zu überschreiten.

## Die Vorstellung von dem Krieg als einer "imperialistisch-zionistischen Verschwörung".

Wenn wir auf Ayatollah Khomeiny und Saddam Hussein hören, war und ist der Krieg zwischen ihnen beiden Ländern eine Verschwörung zwischen US-Imperialismus und Zionismus. Sie sind sich nur nicht einig, welches Land in dieser Verschwörung das "Instrument" oder die "Marionette" ist. Monate, bevor der Krieg offen ausbrach, als sich täglich Grenz Zusammenstösse ereigneten, rief Khomeiny nach internationaler Hilfe gegen "den zionistischen Iran und die USA". Dann sagte Präsident Bani Sadr, dass Iran die Möglichkeit begrüsse, "das Volk Iraks von dieser Marionette des Zionismus und US-Imperialismus zu befreien". Gleichzeitig machte das offizielle Organ der regierenden Baath-Partei Iraks für Irans schlechtes Verhalten "die USA, den internationalen Zionismus, das Sadat-Regime und alle Unterzeichner des Camp-David-Abkommens" (*Time*, 21. April 1980) verantwortlich.

Diese Rhetorik geht noch immer weiter. Bei den letzten Offensiven Irans gingen seine "Freiwilligen für das Märtyrertum" mit den Rufen in den Tod "Nieder

mit Amerika, nieder mit den USA!"

Obwohl Saddam Hussein mehrmals nach "internationaler" Intervention und "internationalen Anstrengungen" verlangt hat, um eine neue iranische Attacke abzuwehren, "die sich gegen die ganze Region und den Weltfrieden richtet", schien er amerikanische Erklärungen vom letzten Januar nicht zu begrüßen, wonach eine Niederlage Iraks "gegen die US-Interessen" sei. Im März sagte Aussenminister Tariq Aziz, "es gibt keine Wende der USA zum Irak, nur eine Verbesserung der Beziehungen". Und da keine der beiden kämpfenden "imperialistisch-zionistischen Marionetten" oder "Instrumente" trotz solch mächtiger Unterstützung bis jetzt in der Lage war, den Krieg zu gewinnen, griff Aziz zu einer "verbesserten" Version der Theorie von dem Krieg als einer "imperialistischen Verschwörung" in der Form: "Die USA haben sich verkalkuliert, wenn sie glaubten, die Verlängerung des Krieges werde ihnen nützen, weil sie beide Seiten schwächt" (*Newsweek*, 5. März 1984).

Erst vor kurzem flog Iraks erster stellvertretender Ministerpräsident Taha Yasin Ramadan nach Moskau, wo er die USA der Absicht beschuldigte, "den Krieg auszubeuten, um sich militärisch in der Region einmischen zu können". Trotzdem betonte das Aussenministerium, als er nach Irak zurückkehrte, dass der Besuch keine "Kehrtwende" zur Sowjetunion darstelle.

Nichts von dieser Propaganda würde normalerweise viel Aufmerksamkeit verdienen, wäre es nicht um der Tatsache willen, dass sogar die Kriegsgegner, die Regimegegner einschliesslich der Kommunisten beider Länder und der ganzen Region die zugrundeliegende Idee zu einem gewissen Grad zu akzeptieren scheinen.

Dabei muss der Kommunistischen Partei Iraks Anerkennung gezollt werden für ihre mutige Verurteilung von Saddams "Angriffskrieg". Allerdings gründete sich diese Verurteilung (wie in einem Editorial des Parteizentralorgans vom März 1982 erklärt wurde) in erster Linie auf den Umstand, dass es die irakischen Kräfte waren, die "zuerst angriffen", und auf "die Definition von Aggression durch internationale Körperschaften und die UN-Charta". Dieselbe Logik führte die Kommunistische Partei Iraks zu dem Schluss, dass es ein "gerechter Krieg" der iranischen Seite sei, des "Opfers

der Aggression".

Dasselbe Editorial stellte fest, dass die Natur des Krieges sich ändern könne, wenn "der Aggressor sich von iranischem Territorium zurückziehen" würde und seine Aggression einstelle. Daher zogen die irakischen Kommunisten die Möglichkeit in Betracht, Saddams "Aggressionskrieg" könne ein Verteidigungskrieg werden, während Khomeinys "gerechter Krieg" sich gegen das Volk Iraks als ungerecht erweisen könne. Wir kommen noch auf diese Frage zurück. Der Punkt dabei ist, dass dieses Herangehen eher die Geschehnisse auf dem Schlachtfeld zum Kriterium für die Bewertung der Natur des Krieges macht als die eigentliche Natur des Krieges und der beiden Regimes, die ihn führen.

Wie die Kommunistische Partei des Iraks hat auch die Tudeh-Partei Irans den Krieg zwischen den beiden Ländern verurteilt. Allerdings gibt auch sie die Hauptverantwortung für den Krieg dem amerikanischen Imperialismus. Es muss gesagt werden, das unsere Genossen im Iran und Irak gekämpft, gelitten und tragische Opfer unter zwei der wildesten und mörderischsten Diktaturen der Welt gebracht haben. Auch heute ist das so. Wir ehren die, die kämpfen und für das sterben, woran sie glauben. Die Tragödie ist, dass sie oft so blind in der Tod gehen, wie die iranischen Jungen, die mit dem Ruf "nieder mit Amerika, nieder mit den USA" über die irakischen Minenfelder laufen.

Es gibt in der jüngsten Geschichte zahllose Beispiele, besonders im Vorderen Orient und in Asien, für kommunistische Parteien, die alle oder einen substantiellen Teil ihrer wertvollen Kader aufgrund einer plötzlichen "Schwenkung zur Rechten" durch eine Regierung verlieren, die "antiimperialistische", "patriotische" und "progressive" Züge zeigte, die zu "ermutigen" die Kommunisten für ihre Pflicht hielten. Die Tudeh-Partei in Iran ist nur das letzte Beispiel.

Sogar jetzt, nachdem der Schlag gefallen ist, ruft das Zentralkomitee der Tudeh-Partei noch nach dem "Ausschluss von Agenten des Imperialismus und der Reaktion aus den regierenden Zirkeln". Die Fedajin bestehen darauf, dass die "antiimperialistische Haltung der Islamischen Republik, zumindest in der Politik, noch nicht völlig erschöpft ist..." Nach ihrem ersten Sekretär war der Angriff auf die Tudeh-Führer, ihre Verhaftung und Folter ein "Plan,

der von Brzezinski, Carters Sicherheitsberater, entworfen wurde".

## Eine neue Definition von Krieg

Die Logik, die der Bewertung des Iran/Irak-Kriegs als eines Kriegs, der vom Imperialismus provoziert und/oder verlängert worden sei, zugrundeliegt, ist kürzlich in einer etwas theoretischeren Weise in dem Journal *World Marxist Review* (Juli 1983) zum Ausdruck gekommen, in dem dargelegt wird, dass die klassische Definition von Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" nicht länger anwendbar sei auf die Fortsetzung der Politik mit Atomraketen, weil es, auch auf regionaler Ebene, ein "verrückter Versuch sein würde, gegen alle Normen des Völkerrechts, den Mechanismus für die totale Zerstörung des Lebens auf dem Planeten in Bewegung zu setzen. Es ist verbrecherisch, einen solchen Krieg als ein rationales politisches Verhalten anzusehen."

Was lokale "Grenzstreitigkeiten" und "Konflikte" angeht, so "haben sie nicht notwendig zu einem Krieg zu führen und können friedlich beigelegt werden. Wenn sie in Feindseligkeiten ausarten, so ist das ein Ergebnis der hegemonistischen Politik reaktionärer Regimes und auch der Manipulationen und Provokationen durch einen imperialistischen Staat, gewöhnlich die frühere Kolonialmacht oder die USA."

Der Artikel fährt fort: "... Wenn ein ernsthafter Konflikt in einer Region aufflammt, findet sich unweigerlich, dass er eine Machenschaft imperialistischer Kräfte ist... Der US-Imperialismus ist heute die Hauptquelle der Kriegsgefahr. Lokale Konflikte spielen eine wichtige Rolle in seiner Globalstrategie... In Regionen, wo es keine Wurzeln für lokale Konflikte gibt, werden sie vom Imperialismus künstlich geschaffen."

Das ist nun der allgemeine theoretische Rahmen, der zu der Einschätzung führt, dass der Iran/Irak-Krieg vom Imperialismus provoziert wurde und verlängert wird. Lasst uns erst einige der logischen Löcher in dieser Theorie aufzeigen, bevor wir dazu übergehen, einige der lokalen Gründe dieses lokalen Krieges zu berücksichtigen.

Erstens, es ist *eine* Sache, zu erkennen, dass der Imperialismus lokale Grenzkriege provozieren kann und das auch tut, wann und

(Forts. S. 14)

(Forts. v.S.13)

wo es seinen Zwecken dient, oder dass er, wo möglich, versuchen wird, solche Kriege zu seinem Vorteil zu wenden. Es ist aber eine ganz *andere* Sache, zu erklären, dass *alle* lokalen Kriege vom Imperialismus provoziert werden. (Seit Jahrhunderten gab es Konflikte und Kriege um die Grenze am Schatt-al-Arab zwischen dem heutigen Iran und Irak.)

Ähnlich ist es *eine* Sache, festzustellen, dass Kriege, die von Staaten geführt werden, die eine *abhängige* Position in der internationalen Hierarchie einnehmen, nur *abhängige* Kriege sein können (abhängig von anderen Mächten wegen finanziellen Rückhalts oder militärischen Nachschubs und daher verwundbar und offen für Manipulation von aussen); es ist aber eine ganz *andere* Sache, zu behaupten, dass die Kriege als solche vom ausländischen Imperialismus provoziert oder künstlich geschaffen werden.

Es ist *eine* Sache, zu sagen, dass lokale Grenzstreitigkeiten und Konflikte friedlich beigelegt werden können und sollen, aber eine ganz *andere*, zu unterstellen, dass "lokale Kriege" immer in "Grenzstreitigkeiten" wurzeln und die innenpolitischen Gründe, die die beteiligten Staaten dazu führen, solche Streitigkeiten und Konflikte zu eskalieren, sie mit "anderen Mitteln" fortzusetzen, zu ignorieren.

Sicher ist es im Fall Iran/Irak absurd, zu behaupten, dass ein so vernichtender, lang hingezogener Krieg in einem reinen "Grenzkonflikt" wurzelt. Grenzkonflikte führen zu Grenzzwischenfällen, nicht zu Kriegen, die die ganze Existenz eines oder beider beteiligter Staaten infrage stellen.

Neben diesem allgemeinen theoretischen Rahmen, der die Vorstellung rechtfertigt, dass lokale Konflikte wie der Iran/Irak-Krieg vom Imperialismus "exportiert" werden, gibt es auch einen speziellen Rahmen für den Vorderen Orient.

In diesem Rahmen stellen sowohl die Invasion der Israelis im Libanon als auch der Iran/Irak-Krieg Glieder des US/zionistischen Plans dar, eine Hegemonie über den Vorderen Orient im allgemeinen zu erlangen und im besonderen die arabischen nationalen Befreiungsbewegungen anzugreifen. Dieser Theorie liegen die Annahmen zugrunde, dass die arabischen Völker noch keine nationale Befreiung erreicht haben, dass die Araber eine einzige Nation darstellen, die künstlich geteilt ist, und dass es

eine arabische nationale Befreiungsbewegung gibt oder geben sollte ausserhalb des nationalen Kampfs des palästinischen Volks (das in seinem Kampf von verschiedenen arabischen Staaten enttäuscht, aus arabischen Ländern vertrieben und von anderen Arabern mindestens so oft wie von den Israelis niedergemacht wurde). Diese Annahmen haben auch die Tendenz, zu vergessen, dass das kurdische Volk nationale Unterdrückung erleidet und in zwei arabischen Ländern gerade wie in Iran und der Türkei um nationale Befreiung kämpft.

In diesem Szenarium haben wenigstens Iran und Irak den antizionistischen arabischen nationalen Befreiungskampf verraten, indem sie lieber miteinander anstatt gegen Zionismus und Imperialismus kämpfen. (Solcher "Verrat" scheint eine Gewohnheit unter arabischen Staaten zu sein! Sogar der "standhafteste" unter ihnen, Syrien, hat zweimal seine Waffen gegen die PLO gewendet und ist seit Jahren auf niedriger Ebene in einen Konflikt mit dem Irak verwickelt.)

Es ist eine Tatsache, dass der Versuch, die Wirklichkeit eines hohen Niveaus an kapitalistischer Entwicklung in den grösseren Staaten des Vorderen Orients, der Formation von Monopolen, des Auftauchens mächtiger und miteinander in Widerspruch geratender Expansionstendenzen und des staatlich geförderten Wachstums von extremem Nationalismus und Chauvinismus zu leugnen, zu einer Situation geführt hat, in der grössere Ereignisse wie der Iran/Irak-Krieg nur als "unerklärlich" oder als die Machenschaft äusserer Kräfte beschrieben werden können, ohne ihren lokalen oder regionalen Gründen und Bedeutungen irgendeine Beachtung zu gönnen.

### **Eine auf Sand gebaute regionale Ordnung**

Als letzten April der "Tankerkrieg" im Golf aufflammte, als besonders Saudi-Arabien und Kuwait an den Rand des Krieges gezogen wurden, brachte das einen Unstand ins Blickfeld, der solange im Hintergrund geblieben war, wie der Krieg auf das schreckliche Blutvergiessen an der iranisch-irakischen Grenze "beschränkt" blieb, und zwar, dass es in diesem Krieg um die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen regionalen "Ordnung" unter den arabischen Staaten geht.

Der *erste* und wichtigste Grund

dafür ist, dass diese Ordnung, wie sie heute besteht, *innerlich schwach, labil und extrem ungerecht* ist. Sie ist eigentlich nicht anwendbar und daher eine ständige Brutstätte für Krisen, nationale Rebellion und Kriege. Und je nach seinem Ausmass, seiner Dauer und seinem Ort verstärkt jeder neue Aufstand die Labilität, die Schwäche, und lässt die Ungerechtigkeit noch klarer hervortreten.

Der Iran/Irak-Krieg ist ein Teil und ein Produkt dieser generellen Labilität und Schwäche. Gleichzeitig stellt er, da er ein solches Ausmass angenommen hat und sich über den Bereich der "nationalen" Grenzen beider Länder auszuweiten droht, die Gefahr dar, dass die ganze Ordnung um ihn zusammenbricht.

Der *zweite* Grund, warum wir sagen, dass im Kern des Krieges die weitere Existenz der gegenwärtigen regionalen "Ordnung" liegt, ist, dass ganz *konkret* und ganz von Anfang an *die Frage, um die es in diesem Krieg ging, die Frage der Kontrolle oder der Hegemonie über den Golf war. Die Kontrolle über den Golf ist gleichzeitig der Schlüssel zur regionalen "Ordnung".*

Daher ist es kein Zufall, dass sich der Krieg zwischen Iran und Irak nun offen auf Saudi-Arabien und die Golfstaaten konzentriert. Bis jetzt war es ein Krieg zwischen Iran und Irak nur in dem Sinn, dass vorerst nur diese zwei Staaten Soldaten ins Feld schickten. Von Anfang an hat Irak genauso für sich selbst als auch für die Golfstaaten gekämpft, die bis jetzt vorgezogen haben (aus gutem Grund, wie wir sehen werden), nicht für sich selbst zu kämpfen.

Der Kampf um die Hegemonie im Golf ist ein (mindestens) dreiseitiger Wettbewerb. Die Wettstreiter sind Iran, Saudi-Arabien und die Golfstaaten sowie Irak. Fangen wir mit Iran an.

### **Irans Zug zur Hegemonie**

Spätestens seit 1969 hat der Iran ein offen aggressives und expansionistisches Verhalten gegen alle Staaten am Golf gezeigt. Sowohl unter dem Schah als auch unter Khomeiny (obwohl in verschiedenen Formen) hat er versucht, seine Herrschaft über den Golf und die Region als Ganzes zu etablieren. Der Schah erklärte offen seine Absichten und handelte entsprechend. Vor allem wurde behauptet, dass Bahrain ein integraler Bestandteil



Irans sei, seine 16. Provinz. Ähnlich hiess es von Teilen der Vereinigten Arabischen Emirate, sie "gehörten" zu Iran. 1971, nachdem Grossbritannien seine Kräfte vom Golf abgezogen hatte, besetzte Iran drei kleine Inseln, die formell zu den VAE gehören und in der Strasse von Hormuz am östlichen Eingang des Golfes liegen. Der Schah erklärte, die Inseln seien von Bedeutung für "den Schutz des Golfs gegen subversive Kräfte".

Unter Khomeiny veränderte sich die Form des iranischen Expansionismus. Betonung erhielt nun der religiöse Aspekt, die Karte Schi'a. Daher drohte Iran ständig, interne Schiitenaufstände in den "gottlosen" und "korrupten" Golfstaaten zu entfachen. Da in den meisten Golfstaaten Schiiten eine starke Minderheit bilden, in einigen Fällen sogar die Mehrheit der Bevölkerung, wird die Drohung sehr ernst genommen.

Schon im November 1979 war die Grosse Moschee in Mekka von islamischen Fundamentalisten besetzt worden. Zur gleichen Zeit fanden Khomeiny-freundliche Demonstrationen in anderen Teilen des Landes statt. In Bahrain, wo 60% der Bevölkerung Schiiten sind, gab es im Dezember 1981 einen pro-Khomeiny-Putschversuch, der den Golfkooperationsrat veranlasste, zum ersten Mal grössere Entscheidungen über militärische Bereitschaft und Kooperation untereinander zu fällen.

Dasselbe Aggressionsmuster wurde auch gegen Irak angewendet. Im April 1969 widerrief Iran einseitig das Abkommen von 1937 über die Wasserstrasse von Schatt-al-Arab, die für etwa 100 km vom Ende des Golfs an die Grenze zwischen beiden Ländern bildet. Von da an bis 1975 stellte der Schah kurdischen Nationalisten Waffen und andere Hilfe zur Verfügung, um den Irak zu schwächen.

Nach der Revolution im Iran begann das Khomeiny-Regime, die Schiiten-Bevölkerung im Irak (55%) zur Revolte aufzustacheln. Als Antwort startete Saddam Hussein (der selbst daran interessiert war, "Beschützer" des Golfs zu werden) seine eigene Kampagne zur Unterwanderung der Islamischen Republik im Iran. Von Mitte 1979 bis zum Ausbruch des Krieges waren beide Seiten in Verschwörungen und Gegenverschwörungen gegeneinander verwickelt.

Aber die iranische Aggression ist nur der erste Faktor in was wir

einen dreiseitigen Wettbewerb genannt haben.

### Die "Glashäuser" entlang der Golfküste

Der zweite Wettbewerber (oder richtiger, Gruppe von Wettbewerbern) sind Saudi-Arabien und die Golfstaaten — Staaten, die der Sprecher des iranischen Majlis kürzlich "Glashäuser" nannte. Ihre Sünde ist nicht die der Aggression, sondern der ökonomischen, politischen und militärischen Illegitimität. Ausser vielleicht im Fall Saudi-Arabien ist schon ihre Existenz, ganz zu schweigen von ihrer Position an der Spitze der arabischen Pyramide, ein Affront und eine Herausforderung für die anderen Staaten der Region. Ihre Rolle als finanzielle Garantie der regionalen Ordnung ist insofern die Quelle von Instabilität und Unordnung.

Historisch gesehen sind sie ausser Saudi-Arabien künstliche Strukturen, die vom westlichen Imperialismus (erst Grossbritannien, dann den USA) aus Eigeninteresse geschaffen und bis heute unterhalten wurden. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, warum.

Saudi-Arabien wieder ausgenommen, wird die ganze südwestliche Golfküste von einer Reihe winziger Städtchen (Kuwait, Bahrain, Katar, VAE, Oman) kontrolliert, die zusammen eine Bevölkerung von 4 Mio. aufweisen, aber gemeinsam über beinahe dasselbe Bruttosozialprodukt verfügen wie die vier volkreichsten Staaten der Region, Ägypten, Irak, Syrien und Jordanien. Die Bevölkerung dieser Staaten beträgt etwa 72 Mio.

Nehmen wir die kleinen Golfstaaten und Saudi-Arabien zusammen, dann verfügen Staaten mit der Gesamtbevölkerung von 14 Mio. über ein gemeinsames Bruttosozialprodukt von 71. Mrd.\$, während Staaten mit der Gesamtbevölkerung von 72 Mio. ein gemeinsames Bruttosozialprodukt von weniger als der Hälfte, nämlich knapp 35 Mrd. \$ haben.

Daher schneiden aus arabischem Blickwinkel in ökonomischer Hinsicht *diese Glashäuser die überwältigende Mehrheit der arabischen Menschen, die volkreichsten arabischen Staaten der Region, von der grossen Masse des arabischen Ölreichtums ab*. Der Reichtum wird mit grossspurigen Projekten in den Glashäusern

vergeudet, im Ausland investiert in solchem Ausmass, dass besonders Saudi-Arabien zu einer "Finanz-Supermacht" geworden ist und als einzige Macht der "Dritten Welt" als Exekutivdirektor im IWF sitzt, und als "Schutzgeld" in Form von Subventionen an andere arabische Staaten ausgezahlt (Irak erhält schätzungsweise 8-9 Mrd. im Jahr, Syrien 1Mrd.)

Was den Iran betrifft, so gehören zu diesen Staaten nicht nur Territorien, die Iran, wie wir gesehen haben, als eigene betrachtet. Sie stellen auch eine Konkurrenz bei der Hegemonie über den Golf dar, der im Iran der "Persische" oder "Iranische" Golf genannt wird (für arabische Staaten ist es der "Arabische").

Die historische und sozioökonomische Illegitimität der Golfstaaten fügt dem Schaden noch Spott hinzu und lädt ständig dazu ein, "das Unrecht zu berichtigen".

Das wird noch klarer, wenn man die Staaten vom politischen und militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet. In beiden Sphären macht sich die grundlegende Illegitimität und Schwäche dieser Staaten bemerkbar.

Nicht nur ist die Gesamtbevölkerung der Golfstaaten winzig (sie entspricht etwa der von Istanbul), in den meisten Fällen besteht sie zur Hälfte aus ausländischen Arbeitern und Technikern, d.h. Nicht-Staatsbürgern. Selbst in Saudi-Arabien mit seiner relativ grossen Bevölkerung von 8-12 Mio. sind mindestens 33% ausländische Arbeiter. Ohne Ausnahme sind alle Länder von importierter Arbeitskraft und importiertem Knowhow abhängig. Ein schlagendes Beispiel liefern die VAE, in denen 99% der Beschäftigten in der Bauindustrie und 98% der Beschäftigten in der petrochemischen Industrie ausländische Arbeiter sind.

Zu dieser grundlegenden inneren Schwäche kommt noch die Frage der religiösen Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten. Wie wir schon erwähnten, hat Iran nicht gezögert, diese Spaltung auszunutzen. Wenn es zur Sphäre des Militärs kommt, kann keiner der Golfstaaten einschliesslich Saudi-Arabien eine richtige Armee aufstellen. Zusammen kann das Militär aller sechs Länder (nach unseren Zahlen 145 150 Mann) noch nicht einmal ein Drittel von Iraks 512 250 Mann erreichen.

Ihre Stärke liegt nur in der Menge an Geld, die sie ausgeben  
(Forts. S.16)

(Forts. v.S.15)

können, und der Anzahl grösserer Waffen, die sie damit kaufen können. Daher gaben die Golfstaaten einschliesslich Saudi-Arabiens 1982 rund 34 Mrd.\$ für militärische Zwecke aus — das vielfache der von Iran und Irak aufgewendeten Summe. Von 1977 bis 1980 nahmen sie 7,5% des Weltwaffenimports auf, und seitdem ist diese Zahl aller Wahrscheinlichkeit nach noch gewachsen.

Von 1978-82 stand Saudi-Arabien für 8,2% aller Waffen, die in "Dritte Welt"-Länder eingeführt wurden (*The Arms Race and Arms Control 1983*, The Shorter SIPRI Yearbook, S.161)

Zwischen 1972-81 stiegen die Militärausgaben der VAE um die erstaunliche Ziffer von 10 440% (*The War Atlas*).

All das zeigt, dass die Glashäuser voll Öl, Geld und raffinierter moderner Waffen sind. Die winzige Bevölkerung besteht zur Hälfte aus Nicht-Staatsbürgern und ist nochmals geteilt in Sunniten und Schiiten. Sogar die hochgezüchteten saudi-arabischen Kampfflugzeuge werden von taiwanesischen Söldnern gesteuert.

Tatsächlich dürfte der Erwerb des höchstentwickelten militärischen Materials für diese Staaten nicht den Effekt haben, ihre sozio-politische Schwäche auszugleichen. Im Gegenteil, er dürfte die *Diskrepanz* zwischen Bevölkerung und Militärtechnik noch *vergrössern*. So braucht z.B. ein F-4 Phantom-Bomber 29 bis 41 Mann per Flugzeug, davon 80% hochqualifiziert. Das noch höherentwickelte F-15 (von dem Saudi-Arabien mindestens 60 besitzt) erfordert 80 Mann per Flugzeug, 95% davon hochqualifiziert. (*The Arms Race in the Middle East*, MERIP Report, Februar 1983)

Man sollte aufmerksam registrieren, dass das Anhäufen von Waffen und Militärtechnik in Saudi-Arabien und den Golfstaaten schon vor dem Iran/Irak-Krieg begonnen hat. Es war nicht ein Produkt des Krieges oder eine Antwort auf ihn, sondern Ergebnis der grundlegenden Instabilität und Verwundbarkeit dieser Länder, wie wir sie kurz oben beschrieben haben. Der Krieg beschleunigte diesen Prozess nur und rückte ihn ins Blickfeld.

Man kann all das an der Tabelle der Militärausgaben in der Region von 1962-80 ablesen. Sie belegt einen intensiven Rüstungswettlauf (da die Zahlen konstant in US-\$-Mio. im Wert

des Jahres 1978 angegeben sind, kann man das wirkliche Tempo des Wettlaufs sehen), mit Saudi-Arabien, besonders nach 1976, weit in der Führung.

Die Feststellung ist interessant, dass Saudi-Arabien sich von 1962-80, wenn auch nur unter finanziellem Gesichtspunkt, weit gründlicher auf einen Krieg vorbereitet hat als Irak. In den meisten Jahren gab es doppelt so viel aus wie Irak, in manchen Jahren sogar drei- oder viermal mehr. 1980, als der Krieg begann, gab Saudi-Arabien beinahe zehnmal mehr für sein Militär aus als Irak. 1978 überstiegen seine Militärausgaben die des Iran.

Von 1978-82 gingen 8,2% aller grösseren Waffen, die "Dritte Welt"-Länder importierten, nach Saudi-Arabien. Irak hinkte mit 5,2% hinterher, Iran lag bei 3,5% zurück (*The Arms Race... a.a.O.*, S.161)

All diese Zahlen spiegeln nicht nur Saudi-Arabiens stärkere Finanzkraft wider, sondern auch sein (und der anderen Golfstaaten) wachsendes Bewusstsein ihrer Verwundbarkeit und der Gefahr eines Angriffs, vor allem von Iran.

### Aufstieg und Fall des "Beschützers des Golfs", Irak

Wir sind nun beim dritten Teilnehmer in dem, was wir einen dreiseitigen Wettbewerb um den Golf genannt haben, angelangt: Irak. Sein Krieg mit Iran wird oft als reiner "Grenzkonflikt" dargestellt. Aber wir werden sehen, dass selbst, wenn wir den Krieg nur auf der Ebene der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern betrachten, d.h. *selbst auf der Ebene eines Grenzkonflikts*, das wahr bleibt, was wir oben gesagt haben: im Kern des Kriegs finden wir den Kampf um die Hegemonie über den Golf und somit über die ganze Region.

Denn die fragliche Grenze ist keine unbedeutende Linie auf der Landkarte. Sie ist die Wasserstrasse des *Schatt-al-Arab*, die *Iraks einziger Zugang zum Golf, sein einziger Weg zum Meer, sein einziger südlicher Kanal zur äusseren Welt ist*. Für Irak ist diese Grenze eine Frage auf Leben und Tod. Irans Infragestellen dieser Grenze ist ein Infragestellen von Iraks ganzer Existenz.

Tatsächlich ist die Bedeutung der Wasserstrasse als natürlicher Öffnung zum Golf so gross, dass sie *seit 350 Jahren ein Gegenstand scharfer Auseinan-*

*dersetzungen ist*. Nachdem er einige Male zwischen dem Osmanischen Reich und Persien hin- und herwechselte, wurde der Irak schliesslich ein für allemal 1638 ins Osmanische Reich eingegliedert. 1639 schlossen die zwei Reiche ein Grenzabkommen, konnten sich aber nicht über die Schatt-al-Arab-Strasse einigen.

Nie kam eine abschliessende Regelung zustande, und der Streit ging weiter, auch als Irak unabhängig wurde. Erst 1975 stimmte Irak schliesslich, um die Unterstützung des Schahs für die kurdischen Rebellen im Land zu stoppen, der Regelung zu, die Grenzlinie zwischen beiden Staaten solle in der Mitte der Schatt-al-Arab-Wasserstrasse verlaufen. Die Vereinbarung, die Wasserstrasse zu teilen, war Teil eines Abkommens, das die beiden Länder am 13. Juni 1975 schlossen.

Obwohl im Hauptstreitpunkt zwischen Iran und Irak Einigung erzielt worden war, belebte sich dennoch die Bedrohung für Iraks innere Sicherheit und Einheit 1979 in neuer Form. Bald nach der Errichtung der Islamischen Republik im Iran rief Khomeiny die schiitischen Gemeinden in der Golfregion zur Rebellion gegen ihre korrupten Regimes auf. Mit einer Bevölkerung von mehr als 55% Schiiten war der Irak verwundbarer als andere arabische Staaten in der Region. Darüberhinaus war die schiitische Revolte im Süden eine direkte Bedrohung der Kontrolle Iraks über die Schatt-al-Arab-Wasserstrasse, tatsächlich eine grössere Bedrohung als das Abkommen von 1975 zur Teilung der Wasserstrasse mit Iran, da dieses für sich genommen Irak nicht an ihrer Nutzung hinderte. Eine Loslösung der Schiiten von Irak würde jedoch die ganze Wasserstrasse mitnehmen.

Als sich die schiitische Rebellion ausbreitete, vor allem im Süden des Irak, antwortete Saddam Hussein mit einer Unterstützung der arabischen und kurdischen Rebellen im Iran.

Als Saddam schliesslich den Schritt tat und im September 1980 im Iran einfiel, hatte er zwei hauptsächliche "Gründe" oder Kriegsziele. *Erstens* widerrief er das Abkommen von 1975 mit dem Schah, stellte damit die Kontrolle Iraks über die ganze Wasserstrasse wieder her und beraubte Iran seiner dortigen Rechte. *Zweitens* behauptete er, der Krieg sei ein Krieg zur Verteidigung aller arabischen Staaten der Region gegen iranische Subversion und Aggression. Das lag auf einer Linie mit seiner früheren

Erklärung, dass "Iraks Kapazitäten zur Verfügung stehen gegen jede Seite, die die Souveränität Kuwaits oder Bahrains zu verletzen oder deren Land und Leute zu beschädigen versucht. Das gilt für den ganzen Golf." In seine Kriegsziele schloss Saddam die Wiedereroberung der drei Inseln ein, die Iran den VAE 1971 abgenommen hatte.

Daher hatte "Saddams Krieg" von Anfang an das doppelte Ziel, die alleinige Kontrolle über die Schatt-Wasserstrasse wiederzugewinnen und zu sichern sowie von den Golfstaaten als ihr "Beschützer", der "Beschützer des Golfs" anerkannt zu werden. In beiden Fällen ging es um die Ausdehnung des irakischen Einflusses am Golf auf Kosten eines durch die Revolution (wenn auch nicht so sehr, wie Saddam dachte) geschwächten und in Unordnung gestürzten Iran und auf Kosten der Golfstaaten, die sich nicht selbst hinlänglich verteidigen können.

Zweifellos waren die Golfstaaten etwas skeptisch gegenüber Iraks grosszügiger Verteidigung ihrer "Souveränität". Ganz sicher war es Kuwait, da Irak niemals die Existenz dieses Staates anerkannt hatte. Die Schaffung Kuwaits hatte Irak nämlich nur ein winziges Stückchen der Golfküste gelassen, gerade genug für einen Hafen.

So lässt sich sicher wenigstens zum Teil erklären, warum Irak während des langen Krieges von den Golfstaaten nur soviel Unterstützung erhielt, um den Krieg weiterzuführen, nicht aber genug, ihn zu gewinnen. Es hilft einem auch, zu erklären, warum es Irak für nötig hielt, sogar saudi-arabische und kuwaitische Schiffe anzugreifen, um Druck auf die betreffenden Länder auszuüben, ihn zu unterstützen angesichts der weiter ihre Kräfte für die "Schicksalsschlacht" mobilisierenden Iraner.

\*\*\*

Und das bringt uns zu unserem Hauptpunkt zurück: der Krieg zwischen Iran und Irak geht um die Zukunft der gegenwärtigen regionalen "Ordnung".

Bis jetzt haben wir die Brüchigkeit dieser Ordnung in erster Linie in Hinblick auf die arabischen Golfstaaten betrachtet, ihre innere Schwäche und Labilität und das grosse Ungleichgewicht, das ihre Existenz und ihre Prosperität in der von ihnen beherrschten Region darstellt.

Aber eigentlich sind dieselbe Labilität und dieselben zentrifu-

galen Kräfte, die für diese Staaten typisch sind, auch in allen anderen Staaten der Region mehr oder weniger ausgeprägt vorhanden.

Keiner dieser Staaten ruht auf einer sicheren nationalen Grundlage, d.h. sie sind alle von ungelösten nationalen Problemen zerrissen. Das Ausmass des Problems lässt sich an den groben Schätzungen (Tabelle I) der Teile der Bevölkerung ablesen, die nicht zu der Mehrheitsnation gehören und von dieser im allgemeinen unterdrückt werden. So ist z.B. 45% der Bevölkerung Irans nicht persisch.

Mit der rapiden Entwicklung des Kapitalismus, die in der Region in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat, sehen sich so ziemlich alle Staaten der Region zentrifugalen Kräften im Inneren gegenüber (vor allem nationalen, aber auch religiösen), die durch den (direkten oder indirekten) Druck ihrer Rivalen in der Nachbarschaft noch verstärkt werden.

Seit einiger Zeit schon ist die Rede von einer "Überarbeitung der politischen und vielleicht auch der physischen Landkarte" des Vorderen Orients. Es gibt z.B. Berichte, dass die Türkei und Irak über ihre gemeinsame Grenze in Verhandlungen stehen. Pressekommentare und Regierungsbeamte behaupten, Irak habe im Norden "seine Souveränität eingebüsst", und berichten über das schwere Los der dortigen türkischen Bevölkerung.

Was die arabische Welt betrifft, sieht der berühmte ägyptische Journalist Mohammed Heikal "eine hochgefährliche Situation — Jahrzehnte des Chaos, Religionskriege, Grenzkriege, Spaltungen zwischen Ländern..." voraus (*Newsweek*, 28. Mai 1984)

Ob das nun tatsächlich so sein wird oder nicht, und es hat sich sicher genug explosives Material dafür angesammelt (der Rüstungswettlauf in der Region spiegelt das wider), hängt von den Kräften in der Region ab, die Kapitalismus, nationale Unterdrückung, Chauvinismus und Expansionismus bekämpfen. Kurz gesagt, es hängt von der Revolution ab. Ohne Revolution wird jede "Überarbeitung der Landkarte", die in der Region stattfindet, in der "traditionellen" kapitalistischen Weise stattfinden, die sowohl Iran als auch Irak ruiniert und den Völkern beider Länder unermessliches Leid gebracht hat.

\*\*\*

Tatsache ist, dass, wie immer sie sich auch selbst nennen mögen, die *kapitalistischen* Staaten des Vorderen Orients ein Stadium erreicht haben, wo sie einerseits in Wettbewerb und Konflikt miteinander gezogen werden, aber gleichzeitig ein endgültiges "Begleichen der Rechnungen" aus Furcht vor den Konsequenzen zu vermeiden suchen: Revolution bei ihnen, im Nachbarland oder in der ganzen Region.

Die bürgerlichen Staaten am Ort sind wirklich bankrott und untereinander zerstritten. Dieser Bankrott spiegelt sich in ihrer Aussenpolitik und wird in einem Krieg wie dem zwischen Iran und Irak am offensichtlichsten.

Wenn wir den Iran/Irak-Krieg in diesem Licht betrachten, erklärt dieser Bankrott *erstens* den Terror gegen das eigene Volk, auf dem beide Regimes gründen, sowie das Zögern und die Furcht auf beiden Seiten, die Bevölkerung aufzurufen, alle ihre Energie für den Krieg einzusetzen, eine äusserste Anstrengung in einem "Schicksalskampf" zu machen.

*Zweitens* erklärt er die barbarische Art und Weise, in der dieser Krieg geführt wurde. Auf der irakischen Seite verliess sich "Saddams Krieg" niemals auf das Volk. Er verliess sich auf fortgeschrittene Waffentechnik, überlegene Verteidigungsanlagen, chemische Waffen (die "Atombombe des armen Mannes"), Saudi-Arabiens Geld und die Drohung, sowohl den Ölhandel Irans als auch den der arabischen Golfstaaten völlig lahmzulegen. Besonders in den ersten Jahren des Krieges *kaufte* Saddam die Familien gefallener Soldaten mit Bargeld und neuen Autos.

Auf der iranischen Seite zeigt sich diese Brutalität in anderer Weise. Oberflächlich betrachtet scheint Khomeinys "Menschenwelle"-Taktik viel mehr auf einer Teilnahme des Volkes zu gründen, auf Moral und (religiösem) Eifer, als die von Irak angewandten Taktiken.

Aber in Wirklichkeit ist ein Masstab für die reaktionäre Natur und den Bankrott dieses Krieges auf der iranischen Seite das Ausmass, in dem das an der Front massierte Menschenmaterial als reines "Kanonenfutter" gegen die überlegene irakische Verteidigungslinie gebraucht worden ist. Kleine Kinder wurden als menschliche Minenauslöser benutzt. Man kann sich schwer vorstellen, dass das Khomeiny-Regime nach all diesem

(Forts. S. 18)

(Forts. v. S. 17)

Blutvergiessen zu wenigstens 500 000 Männern sagen kann, es habe sich es anders überlegt und sie sollten nach Hause gehen.

*Drittens*, es ist dieser Bankrott, der das Patt, die Blockierung erklärt, die zum vorherrschenden Zug dieses Krieges geworden sind.

### Eine kurzsichtige Politik

Wie bekannt, erhält Irak heute Unterstützung von der Sowjetunion, die ursprünglich den Krieg als "sinnlos" beschrieben hatte, um so die Notwendigkeit zu umgehen, die Motive einer oder beider Seiten kritisieren zu müssen, da sie hoffte, "gute Beziehungen" mit beiden aufrechtzuerhalten.

Die Sowjetunion sagte nichts gegen den Iran, bis sich das Khomeiny-Regime gegen die Tudeh-Partei wandte und seine verbalen Angriffe gegen die Sowjetunion verstärkte. Plötzlich "verdiente" Irak die sowjetische Unterstützung einschliesslich Waffen. Aber nun hatten sich auch die USA offen auf die Seite der Unterstützer Iraks geschlagen. Jetzt stellen sowohl die Sowjets als auch der Westen die Waffen für "Saddams Krieg".

Und damit nicht genug, in der Woche, nachdem sich der US-Kongress geweigert hatte, der Regierung den Verkauf lasergeführter Slinger-Raketen an Kuwait zu gestatten, flog Kuwaits Verteidigungsminister nach Moskau, um den Ankauf von sowjetischen Waffen im Wert von 327 Mio. Dollar in die Wege zu leiten. Der sowjetische Aussenminister Gromyko soll bald Kuwait besuchen, um den Waffenhandel abzuschliessen. Es wird das erste Mal sein, dass dem sowjetischen Aussenminister die Einreise in einen der notorisch antisowjetischen und pro-westlichen Ölstaaten am Golf "gestattet" wird.

Entweder ist die Beschreibung des Krieges korrekt, die in dem Bericht zum 26. Parteitag (der KPdSU, T.-S.) steht: *"Ein absolut sinnloser Krieg aus dem Gesichtspunkt der Interessen beider Länder, aber von grossem Vorteil für den Imperialismus, der voll ängstlichem Eifer seine Positionen in der Region auf diese oder jene Weise wiederherzustellen versucht."* (Report to the 26th Congress) Wie kann die Sowjetunion dann rechtfertigen, diesen Krieg *anzuheizen*, indem sie Waffen zu seiner Fortsetzung liefert? Wie kann sie jetzt rechtfertigen, dass sie Waffen in dasselbe Land in diesem Krieg, Irak, liefert, das vom

Imperialismus bevorzugt wird?

Oder die zitierte Beschreibung ist falsch, und der Krieg hat eine Bedeutung im Zusammenhang der Beziehungen zwischen Irak und Iran, ist ein Resultat der Rivalität zwischen beiden um die Hegemonie über die Golfregion. In diesem Fall hätte die Sowjetunion keine Seite jemals unterstützen dürfen, ganz zu schweigen von einem Seitenwechsel mitten im Krieg.

In *jedem* Fall befinden sich die Waffenlieferungen der Sowjetunion für die Fortsetzung des Konflikts, ihre Unfähigkeit, sich aus dem Konflikt herauszuhalten, in scharfem Widerspruch mit ihrer Kampagne für den Frieden. Sie erweisen den Völkern beider Länder und der ganzen Region einen schlechten Dienst. Das Ansehen des Sozialismus allgemein oder der Sowjetunion, in besonderen werden sie sicher nicht heben.

Die einzige Erklärung für das sowjetische Verhalten ist, dass ihre Einstellung zum Iran/Irak-Krieg und dem Vorderen Orient allgemein von denselben Überlegungen bestimmt ist, die dazu führten, dass die Sowjetunion in den letzten Tagen des Jahres 1979 in Afghanistan einfiel und die Amin-Regierung stürzte: *"die Sicherheit der Südgrenze"* (vgl. R. Yürükoğlu, *Living Socialism*, S.19-20).

*İşçinin Sesi* hat schon lange auf den Unterschied zwischen den Interessen eines bestimmten sozialistischen Landes und denen des Sozialismus als einer weltrevolutionären Bewegung hingewiesen. In ihrer Aussenpolitik gegen die Staaten an ihrer Südgrenze und in ihrer Propaganda, die die Natur dieser Staaten und der Krise, der sie gegenüberstehen, verschleierte (Türkei, Iran, Afghanistan, Pakistan, China, Korea, Japan), kann man die Sowjetunion als eine Macht ansehen, die die Interessen eines *Teils* in einen unnötigen, zerstörerischen Konflikt mit den Interessen des *Ganzen* gebracht hat. Weil die Interessen dieser Länder, der Völker dieser Länder, nicht darin liegen, einen der bankrotten bürgerlichen Staaten gegen den anderen zu unterstützen. Ihre Interessen und ihre einzige Zukunftsperspektive liegen in der Revolution.

Aber darüberhinaus verhält sich die Sowjetunion in einer Weise, die ihre eigenen wesentlichen langfristigen Interessen schädigt, die ihre eigene Zukunft infrage stellt. In einen solchen Krieg verwickelt zu werden, in dem keine Seite

"gerecht" ist, hat die Sowjetunion in eine sehr unbekömmliche und gefährliche Lage gebracht. Sie endet entweder damit, dieselbe Seite wie der Imperialismus zu unterstützen und damit ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren und ihr Prestige bei allen anti-imperialistischen und revolutionären Völkern und Kräften auf der Welt einzubüssen, oder sie findet sich (ohne guten Grund) in einem solchen lokalen Konflikt auf der dem Imperialismus entgegengesetzten Seite, in welchem Fall es zu einer Frage von Notwendigkeit und Prestige wird, "ihrer Seite zum Sieg zu verhelfen". Eine solche Konfrontation enthält die Grundlage für einen voll entfalteten Krieg mit dem Westen.

Schon 1856 sah Marx die Gefahr, dass sich lokale europäische Kriege zu einem gesamteuropäischen Krieg "entwickeln" könnten. Aber er sah noch eine andere Gefahr: die eines allgemeinen oder "grossen" Krieges für kleinliche lokale Zwecke. Er schrieb, eine unausweichliche Dialektik treibe den "lokalen" Krieg über seine lokalen Grenzen hinaus und verwandle ihn in einen "grossen" Krieg, der aber nicht die Voraussetzungen, Bedingungen und Ressourcen eines grossen Krieges aufweise (vgl. Marx/Engels, *Collected Works*, Bd.14, S.289)

Das ist der Kern der Sache. Heute wüten lokale Kriege zwischen bankrotten bürgerlichen Staaten rund um die Welt oder drohen loszubrechen. Die unvermeidliche Dialektik, von der Marx sprach, droht jeden von ihnen, aber besonders die im Vorderen Orient, über ihre lokalen Grenzen zu treiben, in einen "grossen" Krieg zu verwandeln. Aber ohne die Voraussetzungen, Bedingungen und Ressourcen eines grossen Krieges (und die erste Voraussetzung wäre eine revolutionäre Politik) wäre ein solcher Krieg ein tragisches, sinnloses Blutvergiessen.

Wir sagen, dass besonders im Vorderen Orient Revolution die einzige Alternative zu Jahrzehnten "lokaler" Kriege ist. Der Konflikt zwischen Sozialismus und Imperialismus ist zu tief und komplex, um Revolution als eine Garantie gegen einen allgemeinen Krieg bezeichnen zu können. Aber sie ist die Garantie dafür, dass, wenn ein allgemeiner Krieg zwischen Sozialismus und Imperialismus ausbricht, er mit revolutionären Voraussetzungen, Bedingungen und Ressourcen geführt wird.

**Tabelle I**  
**Die auf dem Kopf stehende regionale "Ordnung"**

	1 Bevölkerung Mitte der 80er Jahre (Mio)	2 Minderheiten in % der Bevölkerung	3 Bruttosozialprodukt (1976)			
			Gesamt (Mio \$)	Pro Kopf (\$)	Wachstumsrate in 1960-76 1970-76	
Iran	41,5	(45)	69 170	2 060	8,0	8,2
<b>A</b> Türkei	47,1	(20-25)	41 270	1 010	4,1	4,7
Ägypten	46,0	—	10 680	280	1,9	3,1
<b>B</b> Irak	14,3	(20)	15 960	1 390	3,6	7,1
Syrien	9,2	(10)	6 320	830	2,2	2,2
Jordanien	2,5	(60)	1 820	650	1,6	3,8
<b>C</b> Israel	4,1	—	9 710	2 810	5,1	3,3
Libanon	2,9	—				
<b>D</b> Saudi-Arabien	8-12	(33)	40 860	4 420	6,5	9,5
Kuwait	1,4	(50)	14 380	13 960	-3,2	-2,2
Bahrain	0,4	(50)	1 220	3 810	—	43,6
<b>E</b> Katar	0,2	(50)	2 440	11 640	3,7	-0,8
Vereinigte Arabische Emirate	1,1	(50)	10 050	14 480	12,3	0,1
Oman	0,9	(50)	2 090	2 620	11,3	9,0

Quellen:

1 *The Military Balance 1983-1984*, The International Institute for Strategic Studies

2 Die hier genannten Zahlen sind auf der Grundlage verschiedener Quellen berechnet und nur Näherungswerte, die die allgemeine Lage bezeichnen sollen.

3. *1978 World Bank Atlas*.

**Tabelle II**  
**Das militärische Kräfteverhältnis in der Region**

	1 Militärische Mann- schafts- stärke (Mitte 1983)	2 Geschätzte Verteidi- gungsaus- gaben in Mio \$ (1982)	3 Prozentan- teil an den Weltwaffen- importen (1977-80)	4 Prozentan- teil der Verteidi- gungsaus- gaben am Staatshaus- halt (1983)	5 Kampfflug- zeuge (Bestand 1983)	6 Aus den USA einge- führte Panzer und Panzer fahrzeuge (1973-82)	7 Aus den USA einge- führte Raketen (1973-82)	8 US-Bankre- dite für Verteidi- gungsaus- gaben in Mio \$ (1977-82)
Iran	2 000 000	6 900-13 000	6		70			2436,9
<b>A</b> Türkei	569 000	2755	1,8		340	395	5181	211,7
Ägypten	447 000	1746	1		498	1860	5602	180,9
<b>B</b> Irak	512 250	7722	3,8		330			
Syrien	222 500	2548	4,0	36,4	457			
Jordanien	72 800	440	4,5		103	1786	7787	794,3
<b>C</b> Israel	172 000	8242	3,1	39,2	640	4193	27420	1622,4
Libanon	27 000	162					118	44,2
<b>D</b> Saudi-Arabien	51 500	27 022	5,5	27,7	170	2286	18427	19 164,1
Kuwait	12 400	1561	1,2	0,02	49	531	6524	355,1
Bahrain	2 700	224			16		3100	6,2
<b>E</b> Katar	6 000	893	0,1		11		324	0,4
Vereinigte Arabische Emirate	49 000	2915	0,4		43		1343	21,7
Oman	23 550	1714	0,3	39,9	37	56	816	42,3
D und E zusammen	145 150	34 328	7,52		281			

Quellen:

1-2: *The Military Balance 1983-1984*

3-4: *M. Kidron — D. Smith. The War Atlas*, Pan Books, 1983;

5: *The Military Balance 1983-1984*;

6-8: *MERIP Report: "The Arms Race in the Middle East"* Februar 1983

**Tabelle III**  
**Die Waffenkäufe des Vorderen Orients**  
**(Mio. \$ im Wert von 1978)**

	1962	1964	1966	1968	1970	1972	1974	1976	1978	1980
Bahrain	—	—	—	—	—	35	47	33	51	115
Ägypten	677	949	1057	1517	2589	2911	5927	5004	3327	2509
Iran	543	612	1133	1615	1814	2518	7664	10557	9424	4040
Irak	346	462	578	677	846	830	2016	2011	1988	2440
Israel	251	406	566	1132	1981	2134	2900	3159	2676	2218
Jordanien	190	190	228	364	281	292	250	411	311	491
Kuwait	86	90	158	285	303	371	724	1064	1076	931
Libanon	83	74	100	125	122	174	209	174	166	200
Oman	—	—	—	—	—	72	342	785	767	1079
Saudi-Arabien	433	503	1022	1517	1739	2623	4111	8433	11379	22258
Syrien	213	244	220	377	384	427	624	1110	1165	3186
Türkei	1035	1152	1189	1267	1332	1683	1894	3420	2728	2754
Vereinigte Arabische Emirate	—	—	—	—	—	—	21	81	689	1162

Quelle:

1. MERIP Reports, "The Arms Race in the Middle East", Februar 1983.

Herausgeber und v.i.S.d.P.:

Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der Türkei (IVDRT)



c/o B. Öztoplu,  
 G 5, 3, 6800 Mannheim 1  
 Tel: 0621/103647

Spenden bitte an: IVDRT c/o I. Hepşen  
 Ktonr. 3424116 Commerzbank Mannheim  
 (BLZ 67040031)

Printed by Morning Litho Printers Ltd. (TU)

# TÜRKEI-SPIEGEL

## JAHRESABONNEMENT



Ich abonniere *Türkei-Spiegel* für ein Jahr zum Preis von 20.-DM  
 (6 Ausgaben+Porto). Ich habe bereits DM 20.- auf das Konto der IVDRT,  
 c/o I. Hepşen, Ktonr. 3424116 Commerzbank Mannheim (BLZ 67040031) überwiesen.

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Datum/Unterschrift: .....

*Bitte ausfüllen und einsenden an: IVDRT, c/o B. Öztoplu, G 5, 3, 6800 Mannheim 1*

# TÜRKEI-SPIEGEL

Demokraten aller Länder, unterstützt einander!

Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:  
"Niemand darf der Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher  
Behandlung oder Strafe ungewiss werden"



Oktober 1964

# TÜRKEI-SPIEGEL

Demokraten aller Länder, unterstützt einander!



Januar/Februar 1964

Nr. 2

# TÜRKEI-SPIEGEL



**Abonniert  
den**

**Türkei-Spiegel!**

